

BULLETIN

NUMMER 3 | September 2009



- * 4 Green New Deal - Das Wirtschaftsprogramm der Grünen *
- * 7 Steuern - Doppelt unfair *
- * 13 Zukunft der Linken - 20 Jahre linke Einheit *
- * 16 «Zimmerberg light» - Bahnausbau mit Augenmass *
- * 23 Nationalrat - Entlastung der Reichen statt der Familien *

3 Editorial

Inhaltsverzeichnis

Minarettinitiative -

Worüber stimmen wir eigentlich ab?

4 Green New Deal

Das Wirtschaftsprogramm der Grünen

7 Steuern

Doppelt unfair

8 Wirtschaftskriminalität

Langsame Zuger Justiz

10 Grüne Kantonalparteien

Götterdämmerung in Obwalden

13 Zukunft der Linken

20 Jahre linke Einheit

14 Tangente

Spielerisch zum Sieg

16 «Zimmerberg light»

Bahnausbau mit Augenmass

18 Kantonsrat

Späte Rache misslungen

21 Grünspecht

Der rechte Rand der SVP ist nicht ungefährlich

22 Reduit

Die Seele in der Festung, das Herz in der Fabrik

23 Nationalrat

Entlastung der Reichen statt der Familien

24 Tangente

Verlogene Ja-Kampagne

25 Serviceteil

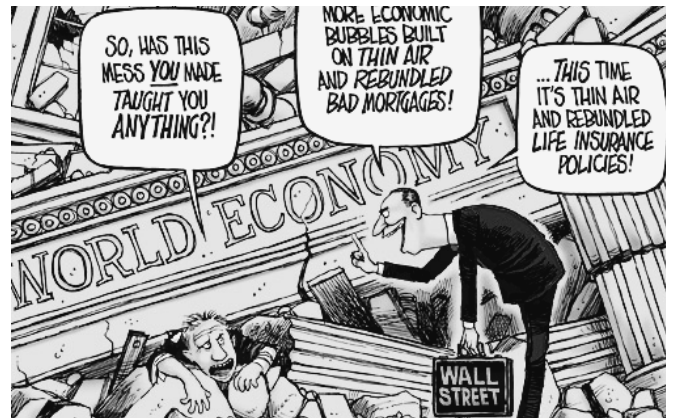
Kino

Buch

Veranstaltungen

Adressen

Impressum



Trotz Weltwirtschaftskrise - Wall Street macht weiter, wie wenn nichts gewesen wäre. Der geniale US-Cartoonist David Horsey bringt es auf den Punkt.

«So, hat dieses Schlamassel euch etwas gelehrt?»

«Ja! Keine Blasen mehr auf der Basis von warmer Luft und neu verpackten schlechten Hypotheken! ... Dieses Mal ist es warme Luft und neu verpackte Lebensversicherungspolicen!»

(Cartoon: David Horsey, <http://www.seattlepi.com/horsey/>)

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative Kanton Zug, KriFo Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, Alternative Stadt Zug, Alternative Baar.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Minarettinitiative - Worüber stimmen wir eigentlich ab?

Monika Hirt, Mitglied Frische Brise Alternative Steinhausen | Foto Beat Ghilardi



Am 29. November stimmen wir über die Minarettinitiative ab. Offiziell geht es um die gesetzliche Festschreibung des Verbotes eines Bauwerkes. Die Begründung und Voten der Initiantinnen und Initianten machen aber deutlich – bei der Abstimmung geht es nicht um Minarette als Bauwerke, vielmehr geht es um die Symbolkraft dieses Baus, um das Sichtbarmachen einer Religion, die ihnen suspekt ist und mit Misstrauen und Argwohn beurteilt wird.

Die Initiantinnen und Initianten sind überzeugt, dass der Bau von Minaretten Ausdruck politisch-gesellschaftlicher Machtansprüche von Muslimen in unserem Land

sein und der Verdrängung unserer verfassungsmässigen Grundrechte durch Scharia-Recht Vorschub leisten würde. Die Minarettinitiative zielt klar in die Richtung: Wenn wir den Islam schon nicht verbieten können, dann wenigstens ein wichtiges Symbol dieser Religion.

Minarettgegnerinnen und -gegner portieren in ihrer Argumentation typische stereotype Vorstellungen über den Islam und diffamieren

in der Schweiz lebende Muslime, indem sie ihnen pauschal rechtswidriges extremistisches Verhalten unterstellen. Sie zeichnen damit ein Bild, das wenig mit der Lebensweise der Mehrheit der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz zu tun hat. Diese verfolgen mit ihrer Religion kein politisches Programm, wie ihnen unterstellt wird, sondern sie üben schlicht ihren Glauben aus. Muslimische Verbände distanzieren sich immer wieder öffentlich von fundamentalistischem Gedankengut – nur leider – so bemerken sie – würde dies kaum gehört.

Religionsfreiheit ist in der Schweizer Verfassung verankert. Der

Rahmen, in welchem die Religionsfreiheit gilt, ist vorgegeben. Es gilt die schweizerische Rechtsprechung, und diese ist nicht aufzuweichen. Verletzungen von Prinzipien wie Gleichberechtigung und Selbstbestimmung sind nicht akzeptabel und gewaltsame Aktionen sind aufs schärfste zu verurteilen. Themen wie Scharia-Recht und Zwangsheirat gehören in diesen rechtsstaatlichen Kontext und haben mit dem Bau und der Akzeptanz von Minaretten überhaupt nichts zu tun. Zum Glück – oder hoffentlich – können das die meisten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auseinander halten und lehnen die Minarettinitiative am 29. November ab.

Mit dem Minarettverbot wird das Recht auf Religionsfreiheit verletzt. Dass islamische Länder sich einen Deut um freie Glaubensausübung scheren, wissen wir genauso gut wie die Minarettinitiantinnen und -initianten. Mit diesem Ungleichgewicht müssen wir leben. Die Verfolgung von Christinnen und Christen in verschiedenen Gebieten unserer Welt ist eine Schande und macht mich traurig und wütend zugleich. Es kann aber nicht sein, dass wir – ein demokratisches Land – das Unrecht dieser Staaten als Massstab für unser eigenes Tun und Lassen heranziehen. Diskriminierende Gesetze zementieren eine Haltung von Misstrauen und Ausgrenzung. Unsere Verantwortung ist es, uns um Integration zu bemühen und den Dialog und die Verständigung unter den Religions- und Glaubensgemeinschaften zu fördern. Das ist der einzige sinnvolle und fruchtbare Weg für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben der Menschen – egal in welchem Teil auf unserer Erde. ■

Das Wirtschaftsprogramm der Grünen

Gerd Hofielen, Redaktor BULLETIN | Bild www.corpwatch.org

4 Das Wirtschaftsprogramm der Grünen, der «Green New Deal», ist eine spannende Lektüre. Es vereint drei Handlungs-Logiken: es ist ein Konjunkturprogramm zur Linderung der Folgen der Wirtschaftskrise; es enthält Aktionen zur Bewältigung bzw. Vermeidung der Klimakrise und, das ist vielleicht das Wichtigste, es zeigt, wie Wirtschaft funktionieren muss, um den Lebensnotwendigkeiten der globalen Gesellschaft zu entsprechen. Und es zeigt, dass es möglich ist, Massnahmen zu ergreifen, die alle drei Aktionsstränge gleichermaßen verfolgen.

Die aktuelle Krise ist auch eine Überproduktionskrise. Sie ist ausgelöst durch spekulative und zu erheblichen Teilen ins betrügerische gehende Geschäftstätigkeiten im Finanzsektor; aber die illusionäre Reichtums-Blase dort hat Überkapazitäten in Sektoren der Realwirtschaft wie dem Häuserbau oder dem Automobilsektor etc. geschaffen. Die reinigende Wirkung der Krise, der Abbau von Überkapazitäten, kann und sollte nicht verhindert werden. Es ist aber für die Bevölkerung und das Gemeinwesen wichtig, die Folgen der Krise zu lindern. Die wirtschaftliche Logik dabei ist, dass der Staat als Nachfrager auftritt und die wegbrechende Nachfrage durch die Privatwirtschaft ersetzt. Darin stimmen alle Parteien und Experten überein. Das ist dann schon das Ende der Übereinstimmung. Wie die Eingriffe aussehen, ist abhängig von der Art, wie die Parteien die Welt erklären.

Konjunkturimpulse sollen langfristige Gegenwerte schaffen.



Die Berner Zeitung gibt die Stimmen der Parteien zum dritten Konjunkturprogramm wieder, das der Bundesrat im Juni mit einem Umfang von 750 Millionen Franken auf den Weg geschickt hat (1):

FDP: Die meisten Ökonomen wüssten, dass Konjunkturprogramme der exportorientierten Schweiz kaum helfen könnten. Mittelfristig wichtiger zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wachstums seien bessere steuerliche Rahmenbedingungen.

SP: Nötig wären Investitionen in den ökologischen Umbau in den Bereichen Energie und Verkehr und in die Stärkung der Kaufkraft. Der Bundesrat orientiere sich aber ausschliesslich an der Schuldenbremse, die sich in der Rezession als zusätzlicher «Konjunkturkiller» auswirke

Grüne: Für die Grünen fällt das Konjunkturpaket viel zu bescheiden aus. «Die Wirtschaftskrise sollte für den ökologischen Umbau genutzt werden», sagte sie weiter. Der Mix der Massnahmen werde aber aus grüner Sicht nicht als schlecht beurteilt. Insbesondere seien auch die Weiterbildungen im Bereich erneuerbarer Energien darin enthalten.

Die Liberalen fordern Steuererleichterungen und wollen die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz verstärken. Beide Rezepte sind ungewiss in der Wirkung, denn wegen der Verunsicherung in der Krise verwandeln sich Steuersenkungen kaum in kurzfristig wirksame Nachfrage. Es kommt lediglich zu Mitnahme-Effekten. Die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz

ist ebenfalls kein Thema, das kurzfristig konjunkturwirksam greifen könnte. Für die Liberalen ist die Wirtschaftskrise zudem vorwiegend ein ökonomisches Thema.

Die SP und die Grünen stellen die Bewältigung der ökonomischen Krise in einen gesellschaftlichen Rahmen: beide Parteien sind sich einig, dass die Staatstätigkeit auch einen Beitrag zur Zukunftssicherung der Schweiz und ihrer BürgerInnen darstellen sollte.

Im Visier: Klimakrise und Umweltzerstörung

Durch die Konjunkturprogramme werden öffentliche Mittel in einmaligem Ausmass in kurzer Frist zur Verfügung gestellt, um einen Konjunkturimpuls zu setzen. Das reicht aus Sicht der Grünen nicht. Sie fordern, dass Konjunkturimpulse einen langfristigen Gegenwert schaffen. Der englische Ökonom Nicolas Stern weist nach, dass jeder bis 2100 eingesetzte Euro für Klimaschutz bis zu 20 Euro an Folgekosten durch Klimaschäden vermeidet. Wenn die öffentliche Nachfrage in Themen fließt, die zukünftig ohnehin stärker angegangen werden müssen, trägt die kurzfristige Konjunktur-Belebungs-Ausgabe zum langfristig sinnvollen Umbau der Wirtschaft bei.

Der Green New Deal hat Antworten auf diese Herausforderungen und öffnet eine zukunftsorientierte Perspektive, die Spannungsfelder der globalen Gesellschaft abbaut und in allen Ländern ein zivilisiertes Leben ermöglicht. Die einen werden nicht gegen die anderen ausgespielt, die Bedürfnisse der reichen Länder werden nicht höher gestellt gegenüber den Entwicklungsbedürfnissen der armen Länder. Das schafft die Voraussetzungen für ein kreatives und friedliches Miteinander aller Nationen.

Ein Programm zur Entwicklung der Gesellschaft

Der Green New Deal ist auch frischer Wind in der Diskussion der Parteien:

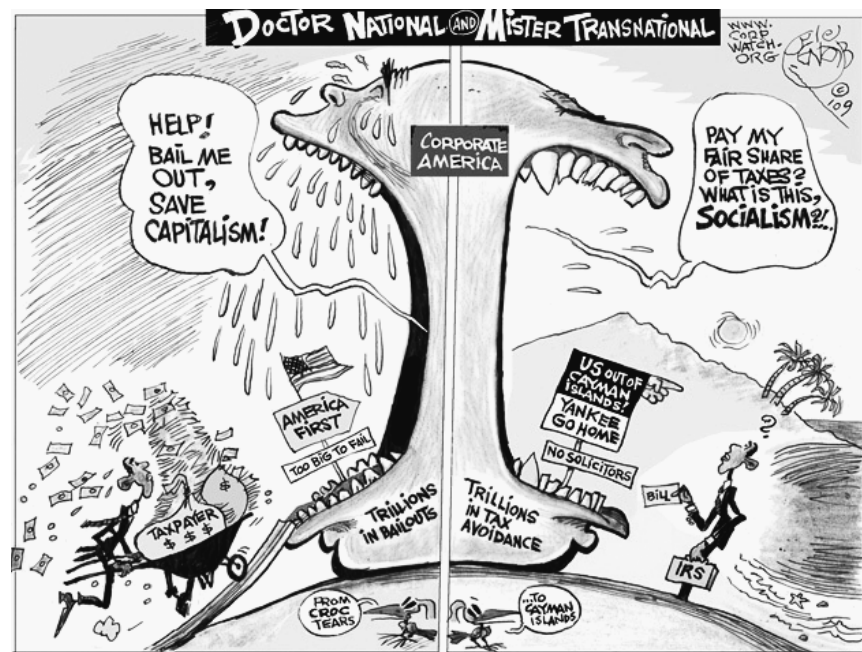
Erstmals in der Schweiz stellt eine Partei ein Wirtschaftsprogramm auf, das die Wirtschaft in den Zusammenhang mit der gesamten gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung stellt und – auch erstmals – wird ein Programm vorgestellt, das die Lebensgrundlagen der gesamten Gesellschaft adressiert, nicht Klientel-orientiert ist und die Wirtschaft der Schweiz in der internationalen Perspektive der Entwicklung der Weltgesellschaft sieht.

«Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung (Verbindung von Umwelt-, Sozial-, Wirtschaftspolitik) sind die wirtschaftlichen Tätigkeiten so zu gestalten, dass ein schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen sowie ein würdiges und sicheres Auskommen für alle Menschen gewährleistet sind. Eine nachhaltige Wirtschaft im Dienste der Menschen beinhaltet aus grüner Sicht zudem eine gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Einkommen und Vermögen, demokratische Mitbestimmung und Kontrolle sowie die Ermöglichung von Kreativität und Innovation.»

Die Grüne Partei weist auf einige unbequeme Wahrheiten hin, denen wir uns auf diesem Weg stellen müssen – und die von anderen Parteien (noch?) nicht angesprochen werden:

«Das Konzept einer Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch hat sich allerdings bis heute als trügerisch erwiesen. Der Gesamtverbrauch von Ressourcen nimmt – weltweit und auch in der Schweiz – schneller zu als die technischen Verbesserungen. Wir kommen deshalb um die Forderungen nach Masshalten bei den Investitionen, Beschränkung auf das Wesentliche und wenn nötig auch nach Verzicht auf Luxus nicht herum.»

Das sind weitreichende Gedanken, die sich in keinem Wirtschaftsprogramm anderer Parteien finden, die dennoch fundamental richtig und wichtig sind. Je früher die reichen Länder auf diese Fragen Antworten formulieren, die zu einer globalen Gesellschaft passen und eine demokra-



tische, die Menschenrechte beachten- de Entwicklung vorgeben, desto besser für uns alle.

Manche der Überlegungen des Green New Deal klingen sicher für viele unserer Zeitgenossen utopisch oder werden vermutlich als ‚wirtschaftsfeindlich‘ empfunden:

«Es ist an der Zeit, dass sich die Gesellschaft über Bedürfnisobergrenzen verständigt wie es die Vertreter der „décroissance“ (Wachstumsrückgang) und der Suffizienz-Wirtschaft vorschlagen: nicht ein „immer mehr“ soll der Massstab sein, sondern die Frage, was für Mensch und Umwelt zuträglich ist. [...] Suffizienz bedeutet soviel wie Genügsamkeit oder Angemessenheit. Sie geht davon aus, dass es ein Genug gibt, dass man satt sein kann. Suffizienz hat nichts mit Mangel zu tun. Es geht vielmehr darum „von nichts zu viel“ zu haben und der Begrenztheit der Ressourcen Rechnung zu tragen. Mahatma Gandhi hat es so formuliert: Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse— aber nicht für jedermanns Gier.»

Unerwartete Unterstützung

Die Grünen erhalten für diese Überlegungen auch Unterstützung aus einer unerwarteten Richtung: «Tatsächlich geht es ja nicht nur darum, dass wir Techniken der Schadenvermeidung finden, so wichtig es auch ist, dass wir alternative Energien finden und vieles mehr. Doch alles das wird nicht ausreichen, wenn wir nicht selbst einen neuen Lebensstil finden, eine Disziplin auch der Verzichte, eine Disziplin

der Anerkennung der anderen, denen die Schöpfung genauso gehört wie uns, die wir leichter über sie verfügen können; eine Disziplin der Verantwortung vor der Zukunft der anderen und unserer eigenen Zukunft.» So äusserte sich Papst Benedikt XVI. am 6. August 2008 bei einem Treffen mit Priestern und Diakonen in Brixen, Italien.

Die Kunst der Grünen als politische Partei, ist es, dieses vielfältig vorhandene Unbehagen an der Wirtschaft in ein programmatisches Konzept zu integrieren, das in einer demokratischen Gesellschaft konsens- und mehrheitsfähig ist. Wir müssen zum Nachdenken über Verzicht auffordern und gleichzeitig die Bedürfnis-Befriedigung auf ein intelligenteres Niveau heben.

«Gesamthaft werden immer mehr Ressourcen für immer kurzlebige Produkte ver(sch)wendet. Die Industriewelt setzt auf Wegwerfprodukte und hohe Verkaufszahlen. Um die Umweltbelastung weiter zu senken, müsste vermehrt am Anfang der Produktionskette und bei den Konsummustern angesetzt werden. [...] Der Grad der Wiederverwertung ist bei vielen Rohstoffen noch gering. Viele Abfälle sind stark vermischt, es werden zunehmend Verbundmaterialien verwendet und der Absatzmarkt für Recyclingbaustoffe ist schwach. Die noch ungenügende Rückführung in den Materialkreislauf rührt auch daher, dass Produkte kaum unter dem Gesichtspunkt der Auftrennbarkeit und der Wiederverwertung entwickelt und hergestellt werden.»

6

Drei Fliegen mit einer Klappe

Der Clou des Green New Deal ist nicht nur, dass die Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft langfristig richtig sind, und nicht nur, dass die Impulse in kurzfristiger Perspektive konjunktur-stabilisierend gesetzt werden können, sondern – und das vor allem – dass damit der Schweizer Industrie mittelfristig Wachstumsanstösse gegeben werden in Industrien, die in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen werden.

«Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist nicht nur eine umweltpolitische Notwendigkeit, er ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Er sichert die Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz ansässiger Betriebe und schafft überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze mit sehr unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass sie ökologisch vorbildliche Branchen und Anbieter stärken und diese an die Stelle nicht nachhaltiger Wirtschaftsformen treten können. [...] Der Umweltschutzmarkt zeichnet sich durch eine besonders hohe Beschäftigungswirksamkeit aus, da die inländische Fertigungstiefe überdurchschnittlich hoch ist. Gemäss einer Studie des damaligen Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landwirtschaft (heute Bundesamt für Umwelt) waren bereits im Jahr 2004 im Umweltschutzsektor 61'000 Vollzeitstellen vorhanden. Weitere 12'500 Stellen

werden durch Exporte von Umwelttechnologie gesichert. Zum Vergleich: Die beiden Schweizer Grossbanken beschäftigen in der Schweiz rund 47'000 Voll- und Teilzeitbeschäftigte.»

Und damit schliesst sich der Kreis: Der Green New Deal erweist sich als ein Wirtschaftsprogramm, das die Wirtschaft in die Perspektive der Entwicklung der Gesellschaft stellt. In der bisherigen öffentlichen Diskussion hat man eher den Eindruck, dass die Gesellschaft den Erfordernissen der Wirtschaft dienen muss. Der Green New Deal zielt ausserdem auf die Zukunftsvoraussetzungen unserer Schweizer Gesellschaft und stellt sie in eine harmonische Perspektive der Entwicklung der Weltgesellschaft. Bei all diesen grosskalibrigen Gedanken geht die pragmatische Handlungsweise nicht unter: Die Schweizer Unternehmen werden gestärkt, Arbeitsplätze werden gesichert, Bildung und Gesundheit werden gefördert. Die Wirtschaft erhält Impulse, die unsere Wohlstandgrundlagen auf eine realistische Weise sichern und die Wirtschaftskraft der Schweiz in den Branchen stärken, die auf Jahre hinaus mehr Arbeitsplätze bieten.

Alle Zitate im obenstehenden Text sind – soweit nicht anders angegeben – aus: Green New Deal – Bausteine zum ökologischen Umbau der Wirtschaft. (1) Der Übersicht wegen sind die Zitate in kursiver Schrift gehalten. ■

Was sind die Themen, die für die Zukunftssicherung wichtig sind?

Thema 1: Die Erde. Wir müssen den Klimawandel begrenzen, Wasser, Wälder, Erde schützen und nachhaltig nutzen lernen.

Thema 2: Reichtum/Armut. Wir müssen Reichtum einsetzen, um in allen Nationen ein Bildungssystem zu schaffen, das Alphabetisierung ermöglicht, und Hilfe zur Selbsthilfe geben, die Infrastruktur von funktionierenden Gesellschaften aufzubauen.

Thema 3: Bevölkerung. Die Geburtenrate kann reduziert werden mit zivilisatorischen Mitteln; in Ländern, wo Frauen lesen und schreiben können und sichere Beschäftigung zu finden ist, ist die Geburtenrate niedrig.

Thema 4: Lebensstile. Wenn mehr Menschen leben wollen wie die reichen Nationen, brauchen wir Lebensstile, die mit Nachhaltigkeits-Prinzipien harmonieren; weniger CO2 verbrauchen, Ressourceneffizienter sind und intelligenter konsumieren. (2)

(1) Das Programm in deutscher Sprache ist zu finden unter http://www.gruene.ch/web/gruene/de/positionen/wirtschaft/oekologischer_umbau/positions-papiere.html Und in französisch unter http://www.gruene.ch/web/gruene/fr/positions/economie/transformation_ecologique.html

(2) <http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/Das-halten-die-Parteien-vom-dritten-Konjunkturprogramm/story/10261235>

(3) In Anlehnung an James Martin ‚The Meaning of the 21st Century‘

Doppelt unfair

Berty Zeiter, Baar, Andreas Hürlimann, Steinhausen, Alternative Grüne Fraktion | Bild BULLETIN

Die jüngste Änderung des Steuergesetzes ist doppelt unfair: Unfair gegenüber den anderen Kantonen, weil sie das Steuergefälle noch grösser macht; und unfair gegenüber der Mehrheit der Zugerinnen und Zuger, weil die geringen Einsparungen bei den Steuern durch Mietzinserhöhungen wieder verloren gehen. Je tiefer die Steuern, desto höher die Mieten und desto stärker der soziale Verdrängungsprozess.

Die Alternativen haben immer wieder darauf hingewiesen, dass tiefe Steuern hohe Wohn- und Lebenskosten zur Folge haben. Die Wohnungsnot, die hohen Mietzinsen und die damit zusammenhängende soziale Verdrängung sind das grösste soziale Problem unseres Kantons und werden es wohl auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten bleiben. Eine Sozialpolitik, die diesen Namen verdient, muss für dieses Problem Lösungen präsentieren. Gleichzeitig ist die Steuerpolitik nur dann sozial verträglich, wenn sie dieses Problem lindert und nicht verschärft. Sie lindert das Problem nur dann, wenn sie einerseits dazu beiträgt, dass die Wohn- und Lebenskosten sinken, und wenn sie andererseits der öffentlichen Hand die Mittel zur Verfügung stellt, die es braucht, um die Wohnungsnot zu entschärfen – beispielsweise mittels Beschaffung von Bauland für den gemeinnützigen Wohnungsbau.

Nichts oder sehr wenig für 60 Prozent der Bevölkerung

Im Bericht, den die alternative Kommission minderheit erstellt hat, wird nachgewiesen, dass die Mehrheit der Zuger Steuerzahlenden von der aktuell beschlossenen Steuersenkung nicht profitiert, weil sie auf diesem Gebiet nicht mehr weiter entlastet werden kann. Sie bezahlt bereits jetzt sehr wenig oder gar keine Steuern, leidet jedoch enorm unter den hohen Wohn- und Lebenshaltungskosten.

Im Kanton gibt es zwar Bestrebungen, die verheerendsten Folgen der Zuger Tiefsteuerpolitik für die finanzschwächsten Einwohnerinnen und Einwohner abzufedern. Doch diese

sind zum Scheitern verurteilt, weil die kantonale Steuerpolitik in sich unsozial und inkongruent ist.

Nicht alleine auf der Welt

In den hiesigen Steuerdebatten wird oftmals der Eindruck geschürt, dass fiskalpolitische Entscheidungen im Kanton Zug keine Wirkung auf andere Kantone und Länder hätten. Nur die Alternativen gehen der nicht unwesentlichen Frage nach, von wo denn der grosse Steuerzufluss durch die Steuersenkungspolitik kommt – und an welchen Orten dieses dringend benötigte Geld fehlt. Die Bürgerlichen nehmen die sozialpolitischen Folgen der zugerischen Steuerpolitik für die hiesige Bevölkerung und für andere Gemeinwesen in der Schweiz und weltweit billigend in Kauf.

Mit der aktuellen Steuergesetzesrevision wird ein falsches Signal ausgesandt und die nächste Steuersenkungsrunde eingeläutet. Nachdem aktuell der grosszügig ausgelegte

Mittelstand, also Einkommen bis 200 000 Franken, entlastet werden, wächst nun der Anspruch, dass beim nächsten Mal auch die ärmeren Reichen nochmals stärker profitieren sollen. Wir drehen uns also weiter munter in diesem Karussell, in diesem «race to the bottom».

Überholtes neoliberales Dogma

Es ist ein überholtes neoliberales Dogma, dass Steuersenkungen die Konjunktur ankurbeln. Eine weitere Beschleunigung des Ressourcenverbrauches über die Erhöhung des Konsums widerspricht zudem diametral den Forderungen des Green New Deals. Deshalb hat die Alternative Grüne Fraktion die Vorlage der Regierung geschlossen abgelehnt. Von der SP hat nur eine Kantonsrätin mit den Alternativen gestimmt, der Rest der SP-Fraktion hat der Vorlage zugestimmt. Dies obwohl die Anträge der SP auf eine weniger grosszügige Bemessung des Mittelstandes im Kantonsrat keine Chance hatten. Der wohl gut gemeinte Steuersenkungsvorstoss der SP führt also am Ende doch nur zu einer weiteren Verschärfung des Steuerwettbewerbs ohne Nutzen für die Mehrheit der Zugerinnen und Zuger. ■

Rege Bautätigkeit für teure Wohnungen



Langsame Zuger Justiz

Franz Stoller, freier Journalist | Illustrationen BULLETIN

8 Im letzten BULLETIN berichteten wir, wie die Verantwortlichen der Firmen NicStic und Max-Entertainment weiterhin die Schweizer Justiz und die Eigenössische Bankenkommission beschäftigen. Nun kommt noch ein «Spin Off» aus dem Kreis der Max-Clique hinzu. Derweil hat die Zuger Justiz seltsame Prioritäten ...

Der deutsche Kaufmann und Volkswirt N.C.* war Angestellter der Firma AFT AG in Geroldswil, eine von zahlreichen Firmen, die Aktien der NicStic AG verkauften. NicStic wollte mit einer rauchlosen Zigarette den Markt und die Börse erobern, doch der vermeintliche Börsengang endete bekanntlich als vielleicht grösster Zuger Anlagebetrugsfall mit zahlreichen Firmenpleiten auf dem Tisch der Staatsanwaltschaft. Als N.C. damals bemerkte, dass er in den Diensten eines Anlagebetrüger-Netzwerkes stand, informierte er die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) in Bern. Diese schloss in der Folge neben der AFT AG mehrere Dutzend Firmen, die mit NicStic verbandelt waren.

Warten auf den Prozess ...

Seit deren Schliessung vor rund drei Jahren ist seitens der Staatsanwaltschaft Zug immer noch keine Anklageschrift gegen die Hauptverantwortlichen und ihre Helfershelfer in Sicht. Beschwerden von GläubigerInnen und betrogenen AnlegerInnen wegen Verletzung des Beschleunigungsgebotes werden von der Justizkommission abgewiesen, obwohl zahlreiche Anklagepunkte kurze Verjährungsfristen haben und eine schnelle Untersuchung angezeigt wäre. Statt die zuständigen Personen zu mehr Eile anzutreiben, hält Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz lieber schützend ihre Flügel über die ihr untergeordneten Staatsanwälte und spricht wie so oft von Überlastung der Gerichte und der Untersuchungsbehörden. Ein NicStic-Gläubiger aus Luzern brachte es auf den Punkt, als er sagte, dass die Zuger Justiz versuche, unter dem Deckmantel des grossen Arbeitsaufwandes den ganzen Fall

einfach auszusitzen und sich das Ganze zu einem veritablen Justizskandal entwickle. Hier wäre die Justizprüfungskommission gefordert!

... **NicStic-Betrüger in der Offensive** N.C. hat sich als Whistle Blower betätigt – was er im Nachhinein als Fehler bezeichnet. Denn seit seinem Gang zur EBK sieht er sich mit zahlreichen unhaltbaren und aussichtslosen Strafanzeigen der ehemaligen Verantwortlichen von der AFT AG konfrontiert. Was macht der zuständige Zuger Staatsanwalt Kurt? Er untersucht diese Strafanzeigen akribisch genau, obwohl bis heute N.C. zahlreiche Verfahren gewonnen hat und die Absicht hinter den Strafanzeigen offensichtlich ist. N.C. wäre als wichtiger Zeuge viel wertvoller, hatte er sich doch innert kürzester Zeit umfangreiche Kenntnisse zu den Vorgängen innerhalb des mafiaähnlichen NicStic-Konstrukts angeeignet. Doch davon wollen die Zuger Justizbehörden nichts wissen und stellen sich taub. Für N.C. der absolute Tiefpunkt war eine Einvernahme, bei der Staatsanwalt Kurt mit dem Rechtsvertreter der AFT-Kläger herumalberte. Ein Hüter des Gesetzes hat absolut neutral zu sein und darf sich nicht auf diese Weise bei einer der Parteien anbieten.

Ein bekannter Anwalt aus Zürich meinte, dass Ohnmacht und Unfähigkeit die ständigen Begleiter der Zuger Justiz seien und dies der Grund sei, warum er keine Mandate mehr aus Zug annehme.

Gläubiger lassen nicht locker

Ungefähr 60 Millionen (und nicht 8 Millionen, wie die EBK nachweisen kann) sind dem Betrüger Jürgen Käfer

zugeflossen (vgl. BULLETIN 2/2009, Seite 12). Die damaligen Geldgeber möchten gerne von der Staatsanwaltschaft wissen, in welche Taschen diese Gelder geflossen sind. Raphael Perlungher, Mitinitiator und von Käfer ausgebooteter Ideenlieferant von Max-Entertainment, ist einer von ihnen. 1.5 Millionen Franken fordert er zurück. Er hat nun Nägel mit Köpfen gemacht und bei der Bundesanwaltschaft Klage gegen die Staatsanwaltschaft Zug sowie die EBK eingereicht. Seine Begründung: man habe richtigerweise Max-Entertainment und die ihr angeschlossenen Firmen zwangsgeschlossen und liquidiert, doch die zuständigen Behörden hätten tatenlos zugeschaut, wie Käfer und seine Mannschaften weiterhin unter dem Firmennamen Cyclon-Capital Leute betrogen habe.

Der zuständige Staatsanwalt R. Unterrassner sagte zu seiner Verteidigung, dass sich leider sehr wenig Geschädigte gemeldet und Anzeige erstattet hätten. Diese Leute hätten oftmals «Schwarzgeld» in solchen Firmen angelegt und trauten sich deshalb nicht zu einem Gang vor die Justiz.

Sollte die Bundesanwaltschaft im vorgängig geschilderten Fall aber zum Schluss kommen, dass die Zuger Behörden versagt haben, könnte dieser Entscheid Signalwirkung haben und



Eine unerschöpfliche Quelle findiger Geschäftsideen: Jürgen Käfer



In der weissen Villa am Zürichsee residiert Jürgen Käfer

sich wie ein reinigendes Gewitter über der Zuger Justizlandschaft entladen. Dies müsste personelle Konsequenzen haben.

Herrn Käfer wird das kaum beunruhigen, sitzt er doch am oberen Zürichsee in Lachen in einer ummauerten Millionenvilla mit Seeanstoss und imposantem Fahrzeugpark. Woher das Geld stamme, müsse abgeklärt werden und die notwendigen Schritte würden eingeleitet, falls sich der Verdacht erhärten sollte, dass diese Gelder aus strafrechtlich relevanten Handlungen herrührten, wie R. Unterrassner gegenüber dem BULLETIN versicherte.

Überraschender Streetparade-Hauptsponsor

Das Rückwärtsauktionsportal www.labuyla.ch, eine Geschäftsidee von Gionni Perri und Andreas Koch (siehe BULLETIN 2/2009, Seite 12), sorgte im Sonntagsblick für Aufsehen. Vor allem konnte der Labuyla-Verwaltungsrat seine Zugehörigkeit als Telefonverkäufer zu Käfers Firma Max-Entertainment und späteren Cyclon-Capital nicht in Abrede stellen. Und erklärungsbedürftig ist ihr Geschäftsmodell wirklich, wie Perri zugeben musste.

Hat man einen Artikel ersteigert, bleibt dieser nur ungefähr 15 Minuten für den Ersteigerer reserviert. Er-

folgt in dieser sehr kurzen Zeit keine Zahlung durch Kreditkarte oder ähnliche Onlinezahlungsmittel, wird das Ersteigerte von neuem eingestellt und runtergehandelt. Unsere zwei Herren verdienen ihr Geld nicht etwa mit dem Verkauf von Produkten, sondern mit der eigens erschaffenen Labuyla-Währung. Wer den aktuell gebotenen Preis aufdecken will, muss einen Labuyla-Taler setzen (Kostenpunkt Fr. 0.95) und der Preis des Artikels reduziert sich dann um Fr. 0.50. Ob das Ganze nicht unlauterer Wettbewerb ist, müsste eigentlich die Wettbewerbskommission WEKO in Bern klären.

Den vermuteten Telefon-Aktienverkauf stellten Perri und Koch zwar gegenüber der Sonntagspresse strikt in Abrede. Doch bereits wenige Tage nach dem Erscheinen des Sonntagsblick-Artikels meldete sich eine Person bei der Redaktion, der man via einer von Perri beherrschten Firma Labuyla-Aktien «vor Börsengang zum Schnäppchenpreis» angeboten hatte. Der gross angekündigte Börsengang und die Expansion in die umliegenden Nachbarländer wird sich wegen einer Untersuchung durch die Finanzmarktaufsicht (FINMA) vermutlich verzögern. Zudem werden in verschiedenen Internetforen Diskussionen zur Labuyla-Holding geführt.

Deren Ergebnis ist wenig schmeichelhaft für die beiden Jungunternehmer. (Z.B. www.ktipp.ch/forum/1038664/wwwlabuylach_)

*Name der Redaktion bekannt

Götterdämmerung in Obwalden

Gerd Hofelen, Redaktor BULLETIN | Bilder Grüne Partei Obwalden

10

Die Grüne Partei ist in Obwalden erst im November 2008 gegründet worden und hat doch schon weltweites Aufsehen erregt. Dank der mutigen Entscheidung, gegen die Sonderzonen für Reiche das Referendum zu ergreifen, sind die Obwaldener Grünen in den Blickpunkt des Interesses gerückt – in Obwalden, in Portugal, in Deutschland, in Grossbritannien. Nur die lokale Presse schweigt dazu. Wie steht es um die Pressefreiheit und die demokratische Kultur in Obwalden? Die Grünen in Obwalden müssen enorme Zivilcourage zeigen und sind Anfeindungen ausgesetzt, die der Schweizer politischen Kultur nicht gut zu Gesicht stehen.

Die Erfahrungen, welche die Grünen in Obwalden derzeit machen, spiegeln die politischen Prozesse wider, die immer wieder in der Auseinandersetzung mit Herrschenden zu beobachten sind, die z.B. auch in der Auseinandersetzung zwischen der indischen Befreiungsbewegung und den britischen Kolonialherren festzustellen waren. In Gandhi's Worten: «First they ignore you, then they laugh at you, then they fight you.... Then you win.» Die Grüne Partei ist mittlerweile aus der politischen Landschaft vieler Länder nicht mehr wegzudenken. Dennoch, die Anfangserfahrungen von neuen grünen oder alternativen Gruppierungen sind oft gleichartig. Der politische Gegner ist erst überrascht, rechnet er doch nicht mit grossen Erfolgen der Grünen, ist gewohnt zu regieren und hat einen jahrzehntealten Machtanspruch. Danach werden die Grünen erst als lästig, dann als bedrohlich empfunden; bedrohlich für die eigenen Interessen, die eigenen Stimmanteile. Dann erst beginnt die Auseinandersetzung mit den Grünen.

Die schwerste Waffe zuerst: Angriffe auf die berufliche Existenz und persönliche Bedrohungen

Und es fängt erstaunlich oft mit Angriffen auf die berufliche Existenz an – der politische Gegner versucht seine Macht auszuspielen; das kann ganz sanft mit dem Mitteilen von Bedenken beginnen, aber schliesslich auch stärker ausgedrückt werden, als «das gefällt mir überhaupt nicht, was



Findet die Sonderwohnzonen nicht super: Gerardo Raffa, Präsident Grüne Ow

Sie da machen», sagt bspw. der Chef oder die Chefin. Es wird versucht, persönlich einzuschüchtern, indem berufliche Nachteile angedeutet werden. Selbstverständlich nur angedeutet, denn man will ja keine illegale Macht ausüben.

Wenn persönliche Einschüchterung nicht hilft, muss eine Auseinandersetzung im politischen Raum stattfinden. Dabei finden weiterhin persönliche Angriffe statt. Siehe der Eintrag im Gästebuch der Obwaldner Grünen: «Was seit ihr denn für komische Siechen! Lasst uns Obwaldner doch in Ruhe mit Eurem links grünen Getue und haut ab wo ihr hergekommen seid. Den welschen Komunisten haben wir auch verjagt und das gleiche wird euch sonst bald auch passsieren!» (Originalzitat, Original-Rechtschreibung; siehe <http://www.gruene-ow.ch/gaestebuch>)

Die zweite Kampfaktik: Diffamieren oder totschiweigen

Manche politische GegnerInnen greifen auch zum Mittel der falschen Wiedergabe von Aussagen grüner PolitikerInnen. Teilweise ist dies Absicht, teilweise aber auch Ausdruck der Schwierigkeit, sich auf die Gedanken des politischen Gegners einzulassen, also das Resultat echter Missverständnisse. Das hört sich dann bspw. so an: «Die Grünen wollen den Kanton ruinieren, sie wollen uns Geld wegnehmen, damit wir nicht mehr bauen.» Diese Aussage mag durchaus die Ängste mancher Bürger widerspiegeln, sachlich oder wahrheitsgetreu ist sie nicht.

Die Presse, vor allem die lokale Presse, die den herrschenden Einflussgruppen nahe steht, berichtet oft nur bruchstückhaft über die Anliegen und Aktivitäten der Grünen. In Obwalden sieht man eine besonders radikale Form der Teil-Information: das Totschiweigen. Die lokale Presse ignorierte die Initiative der Grünen in der Anfangsphase.

Dann wirds geschmeidiger: Die Anliegen der Grünen werden kopiert

Was später folgt, die Übernahme der Anliegen der Grünen durch andere Parteien, das haben die Obwaldner Grünen noch vor sich, soweit ist die Auseinandersetzung noch nicht gediehen. Das kann anderenorts beobachtet werden. Wenn deutlich wird, dass die Positionen der Grünen in der Bevölkerung Anklang finden, z.B. zum Umweltschutz, werden sie kopiert, aber mit unklaren und unzulänglichen Mitteln zu erreichen versucht – die BürgerInnen könnten dann den Eindruck gewinnen, ihre Sorgen seien auch bei anderen Parteien in guten Händen und sie könnten wie gewohnt die bisherige Partei wählen.

Ein starker Trumpf: Ablehnende Reaktionen aus der Familie

Eine schwierig zu verarbeitende Er-



So sieht eine Zone mit hoher Wohnqualität aus.

fahrung von grünen PolitikerInnen in diesem Umfeld sind manche Reaktionen von FreundInnen und Verwandten. Denn je nach deren Verankerung in der Gemeinde, je nach den Reaktionen, die diese in deren sozialem Umfeld erfahren und sicher auch je nach persönlicher Stärke finden Rückzugsbewegungen und sogar Angriffe statt. Das von Menschen, mit denen man bisher einen freundschaftlichen oder familiären Umgang hatte. Politik wird plötzlich zum Stein des Anstosses im privaten Leben. Das ist manchmal eine herbe Erfahrung.

Gott sei dank gibt es auch die Kontrasterfahrung dazu: neue Freundschaften tauchen auf, neue Sympathien werden entgegengebracht. Dennoch zählen natürlich die langfristigen Beziehungen mehr. Die werden erst dann wieder positiver, wenn FreundInnen und Verwandte in ihrem Umfeld positivere Rückmeldungen zu den politischen Taten der Grünen erhalten oder die Einsicht durch eigene Reflexion einsetzt. Dann verwandeln sich Distanz und Skepsis wieder in Anerkennung, Respekt und verschiedentlich auch Unterstützung.

Demokratische Kultur in Gefahr

Die bürgerlichen Parteien in Obwalden haben vermutlich folgendes Kalkül: Wir schaffen mit der steuerlichen Flatrate die Voraussetzungen für die Ansiedelung von in- und ausländischen Firmen. Wir wollen aber nicht nur Briefkasten-Firmen anziehen, sondern auch die Menschen, die damit verbunden sind, vor allem die Inhaber und Top-Manager. Obwalden hat Standortnachteile für diese Menschen; es ist weit weg von Kultur, Unterhaltung, von Renommier- und Partyszene. Also schaffen wir Vorteile mit den «Zonen für hohe Wohnqualität» und erlauben grosse Grundstücke, die im einfachen Genehmigungsverfahren zugeteilt, veräussert und bebaut werden können. Davon profitieren alle – die Treuhänder, die Bauunternehmer, die Landbesitzer, die Lokalpolitiker.

Fällt in der Aufzählung etwas auf? Sind alle Bürger in Obwalden Treuhänder, Bauunternehmer, Landbesitzer, Lokalpolitiker? Man könnte den Eindruck kriegen, dass es so ist. Dennoch, auch in Obwalden gibt es Angestellte, Freiberufler, Gewerbetreibende, Handwerker – von Rentnern ganz zu schweigen. Zum Kalkül der bürgerlichen Parteien gehört, dass

alle Bürger irgendwie von der Ansiedelung der Reichen profitieren würden.

Grüne Politik stellt da Fragen

Würden viele von den neu hinzuziehenden Reichen profitieren? In welchem Ausmass? Oder hätten sie durch erhöhte Lebenshaltungskosten auch Nachteile? Und: zählen nur ökonomische Kategorien? Was ist mit der Zersiedelung der Natur, der Umnutzung von landwirtschaftlichen Flächen in Wohnparks? Ist es mit Blick auf andere Gesellschaften, denen reiche Steuerzahler entgehen, angemessen, den Niedrigsteuer-Wettbewerb anzuhetzen? Was ist zu halten von Wohnburgen, Ghettos für Reiche, in

Was sind die Sonderzonen für Reiche? Im offiziellen Gesetzesantrag ist von Zonen mit hoher Wohnqualität im Kantonalen Interesse die Rede. Gemeint sind Flächen, in denen der Erwerb von Grundstücken grossen Ausmasses, ab 5.000 qm, in einem einfachen, unbürokratischen Verfahren möglich ist. Auch Baugenehmigungen sollen unbürokratisch und schnell erteilt werden.



denen sie abgeschottet von der Gesellschaft, aus der sie ihre Reichtümer gewinnen, in relativer Isolation leben – im Wortsinne eine asoziale Existenz leben? Wie stellt man sich die Lebensverhältnisse in diesen Wohnzonen vor – mit hohen Zäunen umgeben, von privaten Sicherheitskräften bewacht, mit Videokameras gesäumt; ein Sinnbild für die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die Reichen gut bewacht ihren Luxuskonsum betreiben, mit Privatarmeen abgeschottet gegenüber dem Rest der Welt?

Sieht das wie eine Wahrnehmung der Interessen aller BürgerInnen aus? Will der Kanton Obwalden dem internationalen Image der Schweiz diese Bilder hinzufügen?

Gütezeichen der Demokratie

Dass diese Fragen gestellt werden können, in der öffentlichen Debatte kontrovers behandelt werden, dass eine Auseinandersetzung um den politischen Kurs stattfinden kann, das ist ein Gütezeichen unserer Schweizer Demokratie. Persönliche Angriffe, Bedrohung des Lebensunterhalts, diffamierende Äusserungen, ignorieren, ausgrenzen sind Mittel der Auseinandersetzung, die in einer demokratischen Kultur Schläge unter die Gürtellinie sind. Demokraten aller Parteien haben eine gemeinsame Verantwortung für die demokratischen Freiheiten.

Die Grünen in Obwalden haben die Auseinandersetzung aufgenommen in der Sache und im Stil. Die BürgerInnen in Obwalden haben damit eine Chance, die Politik der bürgerlichen Parteien zu beurteilen. Ein Vorteil der Demokratie in unserem Lande. Sorgen wir dafür, dass die Auseinandersetzung auch konstruktiv und fair geführt werden kann. Das BULLETIN wünscht den Obwaldner Grünen ‚bonne courage‘. ■

Die Grünen sind die neue Volkspartei
Die Grünen sind in der politischen Landschaft nicht so leicht anzugreifen, denn ihre Anliegen leuchten vielen Menschen unmittelbar ein. Und die Kommunisten-Keule zieht einfach nicht mehr. Erstens, weil der Kommunismus keine Bedeutung mehr hat, sich nicht zum Angstmachen eignet, und – was viel wichtiger ist – weil die Grünen nicht mit den Kommunisten in einen Topf geworfen werden können. Das Anliegen der Kommunisten war es, die Interessen der Arbeiterschaft, der Angestellten würde man heute sagen, zu vertreten. Sie wurden mit dem Etikett LINKS bezeichnet. Das Anliegen der Grünen ist umfassender: Sie wollen die Lebensgrundlagen aller BürgerInnen erhalten, sie setzen sich für die Erhaltung der Umwelt ein, für eine funktionierende Demokratie, für eine zivilisierte Gesellschaft, die die Zukunftsaufgaben sieht und löst. Das ist mit dem bisherigen Etikett LINKS nicht mehr stimmig beschrieben. Ausserdem ist die Politik der Grünen gewaltfrei, konstruktiv und strebt nach Vertretung im demokratischen System. Dass politische Gegner, vor allem die bürgerlichen Parteien, das Etikett heute noch gerne benutzen, liegt daran, dass sie sich noch nicht inhaltlich auf die Herausforderung der Grünen eingestellt haben – und an alten, scheinbar für die politische Auseinandersetzung nützlichen, Denkgewohnheiten festhalten.

Was die Gemüter in den bürgerlichen Parteien tatsächlich erregt: die Grünen dringen auf ihr Terrain vor, haben eine ganzheitliche Sichtweise, sehen, wie Themen miteinander verknüpft sind und schlagen Lösungen vor, die die Interessen aller BürgerInnen beinhalten. Was die bürgerlichen Parteien scheinbar tun, tun die Grünen wirklich: Sie vertreten das Gesamtinteresse aller BürgerInnen der Gesellschaft.

20 Jahre linke Einheit

Hanspeter Uster, Vorstand Alternative Bär | Bild BULLETIN

Im Herbst 1989, also vor ziemlich genau zwanzig Jahren, wurde im Kanton Zug und in dessen Gemeinden eine linke Einheitspraxis entwickelt, welche die Zuger Linke gesamthaft spür- und sichtbar gestärkt hat.

Erstmals eroberte die Zuger Linke 1990 zwei Sitze in den Regierungen des Kantons und der Hauptstadt, vier Jahre später kam das Stadtpräsidium dazu. Diese drei Errungenschaften konnten bis heute verteidigt werden. Ähnliche Erfolgsgeschichten gibt es aus anderen Gemeinden.

16 linke Sitze im Grossen Gemeinderat hat es vor 1990, 20 linke Sitze im Kantonsrat vor 2006 noch nie gegeben in der Geschichte unseres Kantons. Auch in Abstimmungskämpfen erreichte die Linke seit den späten 80er Jahren Resultate, die früher höchst selten waren. Und ohne linke Listenverbindung würden die Bürgerlichen alle fünf Bundesberner Sitze einnehmen. Der langjährige Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes Bruno Bollinger hat immer gesagt: «Eins und eins gibt in der Politik mehr als zwei.»

Die Einheit der Zuger Linken fusst auf drei einfachen Prinzipien:

Erstens sind es die Zusammenarbeit und das gemeinsame Handeln in jenen Fragen, in denen man sich einig ist. Aktuellstes Beispiel ist das Referendum für die Verteidigung der Listenverbindungen. Es bewährt sich, dass Initiativen und Referendum gemeinsam ergriffen werden, wenn die Partner am Referendum oder an der Initiative interessiert sind – auch für den Erfolg beim Sammeln und bei der Abstimmung.

Zweitens gibt es gemeinsame Listen für die Exekutiven und für jene Legislativen, in denen die Zahl der Sitze nicht proporzgerecht sind (also unter 10 Sitzen liegen).

Drittens lässt sich der linke Sitz im Nationalrat nur mit einer Listenverbindung von SP, Alternativen – die Grünen sowie CSP halten.

Wir kämpfen im Moment gemeinsam und mit grossem Einsatz für das Referendum gegen die Abschaffung der Listenverbindungen. Nur gemeinsam ist – auch in dieser Frage – ein Erfolg überhaupt möglich. Sollten sich die Bürgerlichen in der Volksabstimmung durchsetzen, dann bliebe uns nur die gleiche Einheitspraxis wie in den letzten zwanzig Jahren. Ohne gemeinsame Liste für den Regierungsrat fiel der zweite linke Sitz mit grösster Wahrscheinlichkeit an die SVP – und auch in der Stadt Zug und in den Gemeinden bestünde die grosse Gefahr, dass die Bürgerlichen zusätzliche Exekutiv-Sitze gewinnen könnten. Das aber würde den Rückfall der Zuger Linken ins frühere Mauerblümchendasein bedeuten. Das wäre gerade angesichts der Krise und den Herausforderungen des Klimawandels eine ziemliche Katastrophe. ■

Symbolisch für die Einheit der Linken steht seit vielen Jahren der 1. Mai – hier die Veranstaltung im Burgbäckerkeller vom 1. Mai 2005

13



Spielerisch zum Abstimmungssieg

Bilder Erwin Bestgen, Veloase, Baar

- 14 **Furios in die Abstimmungskampagne gestartet ist das Komitee Grüne Lunge Zug-Baar am Sonntag, 23. August, mit einem gross aufgezogenen Spielfest auf dem Gelände der geplanten Tangente. Zwischen 600 und 800 BesucherInnen, darunter viel «Laufkundschaft» belebten die «Grüne Lunge» und liessen sich informieren.**



Das problematischste Streckenstück der Tangente, die Rampe zum Tunnel Geissbühl, ist ausgesteckt.





Bahnausbau mit Augenmass

Gerhard Schmid, Hünenberg | Bild Gerhard Schmid

16

In der Diskussion um die durchgehende Doppelspur zwischen Zug und Zürich fordern Politikerinnen und Politiker den Bau des Basistunnels Zimmerberg II. Angesichts von landesweit mindestens 20 Projekten höherer oder gleichwertiger Priorität im Rahmen von Bahn 2030, knapper finanzieller Mittel und konzeptioneller Mängel des Projekts ist der Entscheid der eidgenössischen Räte jedoch offen. Die Alternative – der Ausbau der bestehenden Linie – bringt bei wesentlich geringeren Kosten verglichen mit heute die dreifache Kapazität.

Die Zuger Regierung beantragt dem Kantonsrat, Bahnprojekte des Bundes mit maximal 400 Mio. Franken vorzufinanzieren. Das ist erfreulich. Weniger erfreulich ist die einseitige Propagierung des Zimmerberg-Basistunnels II (ZBT II) in der Vorlage.

Phantomzüge

Der ZBT II war als Fortsetzung des rund 10 km langen Zimmerberg-Basistunnels I gedacht, der von Zürich nach Thalwil führt. Der zweite Teil des Tunnels war in der NEAT-Planung enthalten und mit dem positiven Volksentscheid eigentlich bewilligt, doch haben die Mehrkosten des Gotthard-Basistunnels die dafür vorgesehenen Mittel weggefressen. Dem seinerzeitigen Konzept lag eine Frequenz von 120 Reise- und 40 Güterzügen täglich zugrunde, obwohl schon damals bekannt war, dass durch den ZBT II keine Güterzüge fahren würden.

Um über die geringe Auslastung des Basistunnels hinwegzutäuschen, finden sich in der aktuellen Kantonsratsvorlage neue Phantom-Verbindungen. Zwar haben sich die 40 Güterzüge in Nichts aufgelöst, doch wurden den stündlich maximal zu erwartenden zwei Zügen Richtung Gotthard und zwei nach Luzern noch zwei Regioexpress-Züge (RE) beigelegt. Ab Luzern sollen drei der vier Schnellzüge pro Stunde durch den ZBT II und nur einer via Thalwil nach Zürich verkehren, womit das linke Zürichseeufer mit seinen 100'000 Einwohnern ab Luzern und Zug noch einmal (heute zweimal) pro Stunde mit einem Schnellzug zu

erreichen wäre. Ab Erstfeld ist zusätzlich zum Interregio-Zug vom Gotthard und zur S-Bahn stündlich ein Regionalexpress vorgesehen, der durch den Basistunnel nach Zürich verkehren soll und folglich mit Rollmaterial für 200 km/h auszustatten wäre. Dieses Angebot hätten wie alle RE-Züge die Kantone zu bestellen und zu bezahlen.

Bauliche Rahmenbedingungen

Der 11 km lange ZBT II bis Baar Littli verläuft tief im Berg und erhält keinen Anschluss von und nach Thalwil. Er dient deshalb einzig Nonstop-Zügen zwischen Zug und Zürich. Für Interregio- und S-Bahn-Züge mit Halt in Thalwil ist er unbrauchbar.

Die heutigen Sicherheitsanforderungen bedingen zwei getrennte Tunnels oder eine Doppelröhre mit Sicherheitsstollen, wodurch die Kosten erheblich höher lägen als ursprünglich angenommen. Hinzu kommt, dass sich durch den Fahrzeitgewinn von 6 Minuten die Kreuzung der Gotthard-Schnellzüge nach Süden verschiebt, was bei Oberwil in schwierigem Gelände eine mindestens anderthalb Kilometer lange Doppelspurinsel erfordert.

Günstigere Alternative

Luzern hat sich im Rahmen des durchgehenden Doppelspurausbaus Luzern – Zug – Zürich für das Projekt «Rotsee kurz» mit Tiefbahnhof entschieden. Jetzt ist es am Kanton Zug, für seinen Einflussbereich eine tragfähige Idee zu präsentieren, welche die eidgenössischen Räte zu überzeugen vermag. Ausschlaggebend dürfte letztlich das Kosten-Nutzen-Verhältnis

sein, bei dem der ZBT II schlecht abschneidet.

Bei weniger als halb so viel Tunnelkilometern ist der Ausbau der bestehenden Strecke auf durchgehende Doppelspur wesentlich günstiger. «Zimmerberg light» umfasst einen neuen, 3,4 km langen Albistunnel parallel zur bestehenden, schon heute mit 125 km/h befahrbaren und zu sanierenden Tunnelröhre von Littli bis Sihlbrugg sowie einen neuen, 2 km langen Doppelspurtunnel mit grossem Radius von Sihlbrugg bis Horgen Oberdorf als Ersatz für die bisherige einspurige Schlangenlinie. Dies ergäbe zwar nur eine Fahrzeitverkürzung von etwa 1 Minute gegenüber 6 Minuten beim ZBT II, doch der für Luzern, Zug, das ganze linke Zürichseeufer, Rapperswil, Glarus und Graubünden wichtige Bahnknoten- und Umsteigepunkt Thalwil stünde weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung. Der teure Umweg (rund eine halbe Stunde) über Zürich würde dadurch vermieden.

Vier Schnellzüge pro Stunde

In letzter Zeit war verschiedentlich zu lesen, dank ZBT II und Tiefbahnhof Luzern lasse sich die Fahrzeit zwischen Luzern und Zürich auf 30 Minuten verkürzen. Das stimmt selbst dann nicht, wenn Schnellzugsverbindungen ohne Halt in Zug angeboten würden. Mit Halt in Zug dauert die Fahrt 35 Minuten. Eine halbstündige Anschlusspinne in Luzern ist auch mit dem ZBT II nicht möglich. Ausserdem würde die attraktive Anschlusspinne in Zug beseitigt. Statt fast gleichzeitig wie heute kämen die Schnellzüge deutlich gestaffelt an. Viertelstündliche Schnellzugsverbindungen von und nach Zürich beziehungsweise Luzern sind bei beiden Tunnelvarianten realisierbar. Die Befürworter des Basistunnels unterschlagen die Tatsache, dass der ZBT I zwingend in den Kopfbahnhof Zürich mündet, wogegen die Seelinie via Thalwil – Enge sowohl zum

Tunnelportal Littli bei Baar:
Wie wird es hier wohl in 15
Jahren aussehen?

Durchmesserbahnhof Löwenstrasses als auch in den Kopfbahnhof führt. Was liegt da näher, als zwei Züge dem See entlang fahren zu lassen, einen davon nach Zürich Flughafen. So entfielen das zeitraubende Wenden im HB Zürich.

Zusatzideen gestern und heute

Vor 10 Jahren war die Rede davon, die Schnellzüge aus Richtung Gott hard in Zukunft am westlichen Zugerseeufer über eine Spange bei Rotkreuz via Cham zu führen und so die Stadt Zug zu umfahren. Der Ringverkehr um den Zugersee ist heute vom Tisch, weil die Güterzüge glücklicher Weise weiterhin durch das Freiamt (Südbahn) rollen und verspätete Intercity-Züge nicht der S1 mit ihrem Viertelstundentakt und den zahlreichen Haltestellen folgen können. Gewisse alternative Vorschläge zum Basistunnel fordern auch eine Nutzung der vorsorglich erstellten unterirdischen Abzweigung zur Umfahrung des Bahnhofes Thalwil in Richtung Graubünden. Im Basistunnel sollte man jedoch schlecht investiertem Geld kein gutes nachwerfen. Der Bahnhof Thalwil ist 1960 grosszügig – mit einer kreuzungsfreien Verzweigung nach Zug – neu gebaut worden und braucht keine Umfahrung. Zwischen der mit 95 km/h befahrbaren Einmündung des Zimmerberg-I-Tunnels in die Seelinie und dem Bahnhof Thalwil soll im Rahmen von ZEB I für 40 Mio. Franken ein drittes Gleis erstellt werden (ZEB: Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur, für die eine erste Tranche von 5,4 Mrd. Franken von den eidgenössischen Räten bereits bewilligt wurde).

Ausblick

Zug ist auf dem richtigen Weg, wenn es mit Darlehen bis zu 400 Mio. Franken zum beschleunigten Bau der Doppelspuren Rotkreuz – Freudenberg und Baar Littli – Horgen Oberdorf beitragen will. Gegenüber dem ZBT II hätte die kostengünstige, massvolle Variante «Zimmerberg light» gute Chancen, nicht erst in 20 oder mehr Jahren verwirklicht zu werden. Wenn Zug nicht zwischen Stuhl und Bank geraten will, sollte es seine Wünsche in ein kohärentes Zentralschweizer Gesamtpaket einfügen, das auch «Rotsee kurz» mit dem Tiefbahnhof Luzern und dem neuen Axentunnel enthält. ■



17

Am 29. Oktober entscheidet der Kantonsrat über die Vorfinanzierung von Bahnprojekten. Der Vorschlag der Regierung geht auf einen Antrag des alternativen Kantonsrates Martin Stuber zurück, der ursprünglich 50 Millionen aus dem Ertragsüberschuss verlangte. Nun geht die Regierung angesichts des grossen freien Eigenkapitals des Kantons Zug wesentlich weiter. Wichtig: im Beschlussesentwurf ist nicht die Rede vom Zimmerberg II, sondern von «Bahnprojekten»!

§ 1

Gegenstand

- 1 Der Kanton kann Bahnprojekte des Bundes mit maximal 400 Mio. Franken vorfinanzieren.
- 2 Die Vorfinanzierung kann erfolgen durch:
 - a) zinsvergünstigte Darlehen
 - b) zinslose Darlehen
 - c) eine Beteiligung an den Zinskosten von Vorfinanzierungen Dritter.

§ 2

Voraussetzungen

Die Vorfinanzierung setzt kumulativ voraus, dass

- a) das Bahnprojekt in den Planungen des Bundes zur Umsetzung vorgesehen ist. Dies betrifft insbesondere Bahnprojekte nach dem Bundesgesetz über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur vom 20. März 2009 (ZEBG) oder gemäss der Leistungsvereinbarung der SBB mit dem Bund;
- b) der Kanton ein wesentliches Interesse an der Realisierung des Bahnprojekts hat;
- c) das Bahnprojekt dank der Vorfinanzierung wesentlich rascher realisiert werden kann;
- d) die Höhe der Vorfinanzierung in einem guten Verhältnis zum Nutzen für den Kanton Zug steht.
- e) die Vorfinanzierung befristet ist;
- f) die Rückzahlungsmodalitäten geregelt sind.

§ 3

Zuständigkeiten

- 1 Der Regierungsrat schliesst Finanzierungsvereinbarungen mit weiteren Kantonen oder Dritten sowie dem Bund und/oder von diesem beauftragten Betreiberinnen oder Betreibern der Infrastruktur ab.
- 2 Finanzierungsvereinbarungen mit Darlehen bis 10 Mio. Franken oder Zinskostenbeteiligungen von mehr als 500'000 Franken pro Jahr bedürfen der Genehmigung durch den Kantonsrat in Form eines einfachen Beschlusses.

Späte Rache misslungen

Martin Stuber, BULLETIN-Redaktor und Kantonsrat Alternative Grüne Fraktion | Bild BULLETIN

18

Teile des Zuger Bürgertums und der bürgerlichen classe politique haben es bis heute nicht verwunden, dass ein linker und grüner Armeeabschaffer und Finanzplatzgegner 16 Jahre erfolgreicher Regierungsrat war. Und als solcher immer wieder das Medieninteresse der ganzen Nation auf sich zog. Das Auftauchen von Unregelmässigkeiten im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug (ASMV), das Alt-Regierungsrat Uster unterstand, schien gewissen Kreisen Gelegenheit zur lange ersehnten Abrechnung zu geben.

Dass rechtskräftige Gerichtsurteile und Strafen korrekt und zeitgerecht vollzogen werden, gehört zu den Grundfesten eines Rechtsstaates. Als deshalb 2001 Unregelmässigkeiten im zugerischen ASMV aufgetaucht waren, reagierte Hanspeter Uster mit einer Reihe von Massnahmen und erstattete 2002 Strafanzeige gegen den Amtsleiter. Als die Sicherheitsdirektion im Sommer 2006 wieder Unregelmässigkeiten entdeckt hatte, reagierte Hanspeter Uster mit einer weiteren Strafanzeige.

Das Parlament gab sich nicht zufrieden, als sich die Regierung im Frühling 2007 vom Amtsleiter trennte und Stillschweigen bewahrte, und wollte mehr wissen. Der von der Regierung im November 2007 verlangte Untersuchungsbericht durch den Zürcher Alt-Staatsanwalt Bertschi konstatierte ein eklatantes Versagen des Amtsleiters B. und untermauerte dies mit eindrücklichen Zahlen. Rund 188 Fälle seien nicht korrekt vollzogen worden. Der Bericht sorgte für entsprechende Schlagzeilen in den Medien – ein gutes Zeichen für eine funktionierende Öffentlichkeit und entsprechende Kontrolle über Verwaltung und Regierung.

Umtriebige CVP

Der Bericht Bertschi sorgte nicht nur für Schlagzeilen, sondern auch für Vorstösse im Parlament. Kurz nach der Medienkonferenz von Sicherheitsdirektor Villiger (CVP) reichte dessen Partei eine offensichtlich schon vorbereitete Motion für eine bessere Kontrolle des Geschäftsganges der kantonalen Verwaltung ein, CVP-Kantons-

rätin Vreni Wicky doppelte gleichentags mit einer Interpellation nach und zwei Tage später verlangte die CVP mit einer Motion eine Untersuchung durch die Justizprüfungskommission (JPK). Präsident der JPK ist CVP-Kantonsrat Andreas Huwylar.

Fehler ...

Mit einem Aufwand, der die Grenzen eines Milizparlamentes eigentlich sprengt (15 halb- oder ganztägige Sitzungen) erarbeitete die JPK innerhalb von 11 Monaten einen 67-seitigen Untersuchungsbericht, der zu sehr differenzierten Schlussfolgerungen kam.* Wie man hörte sei stellenweise um jedes Wort gerungen worden, aber am Schluss konnte der Bericht einstimmig verabschiedet werden.

Der Untersuchungsbericht relativierte die im Bericht Bertschi aufgeführten Versäumnisse von Alt-Regierungsrat Uster stark, ohne dessen Fehler zu beschönigen. Fehler hatte Uster im Übrigen schon beim Bekanntwerden des Berichtes Bertschi eingeräumt.

... aber kein «Skandal Uster»

Stattdessen richtete der Bericht den Fokus auf den Amtsleiter. Usters eigentlicher Fehler war sein zu grosses Vertrauen in den Amtsleiter. So steht im Bericht auf Seite 60: «ARR Uster muss auch zugute gehalten werden, dass er von H.P.B. bewusst in die Irre geführt wurde. H.P.B. missbrauchte das in ihn gesetzte Vertrauen auf massivste Weise. Er schaltete die Wirkung des von ARR Uster eingeführten Kontrollinstrumentes der Geschäftskontrollliste über lange Zeit aus.» Zudem litt Uster in einer entschei-

denden Periode im Frühling/Sommer 2002 noch unter den Folgen des Attentates vom Herbst 2001 und war nicht arbeitsfähig.

Im Bericht wird auch detailliert aufgezeigt, dass Usters Massnahmen im April/Mai 2001, als er Kenntnis von zwei verjährten Vollzugsfällen erhielt, sehr wohl Wirkung zeigten: «Die Tatsache, dass die Unregelmässigkeiten zwar spät, aber immerhin entdeckt wurden, belegen denn auch eine gewisse Wirksamkeit dieser Massnahme.» (S. 47) Ein «Skandal Uster» lässt sich aus dem Untersuchungsbericht beim besten Willen nicht herauslesen.

«Geburtsfehler» I

Hingegen muss sich der Bericht einen «Geburtsfehler» vorwerfen lassen: Explizit verzichtete die JPK nämlich darauf, die 188 Fälle genauer anzuschauen, um die Schwere und das Ausmass der Verfehlungen des Amtsleiters beurteilen zu können. Ohne Klärung des Sachverhaltes – in der wesentlichen Frage des Ausmasses der Verfehlungen – beschränkte die Kommission sich auf die Vorgänge und Verantwortlichkeiten.

Dies erstaunt umso mehr, als Anwälte des Amtsleiters darauf hingewiesen hatten, dass das Ausmass der Vorfälle bedeutend kleiner sein als im Bericht Bertschi aufgelistet. Kein Wunder also, dass Amtsleiter B. nach Erscheinen des Berichtes in einer ausführlichen Mitteilung seiner Anwälte* am 18. Juni 2009 seine eigenen Zahlen über Anzahl Fälle und weitere Details publik machte. Brisant daran ist die Aussage, dass die 188 Fälle nur 19 Personen betreffe und es sich in vielen Fällen um Bagatelldelikte handle. Wenn diese Zahlen stimmen, relativiert sich die Schwere des Falles erheblich und es fragt sich, ob der grosse Untersuchungsaufwand der JPK überhaupt gerechtfertigt war. Die Neue Zuger Zeitung titelte denn auch am 1. Juli 2009: «Das Kartenhaus ist zusammengefallen.».



Das Zuger Amt für Straf- und Massnahmenvollzug hat seinen Sitz in Zug im ZVB-Haus an der Aa.

Erst die Ergebnisse der noch laufenden Strafuntersuchung gegen den Amtsleiter werden hier endgültige Aufklärung geben können. Aber die Frage sei erlaubt, weshalb der JPK-Präsident und die Sachreferentin – beides JuristInnen – nicht dafür sorgten, dass die 188 Fälle genauer unter die Lupe genommen worden sind – nicht für eine strafrechtliche Beurteilung, sondern für die richtige Sachverhaltsdarstellung.

«Geburtsfehler» II

Widersprüchlich ist die Behauptung der Kommission, von Hanspeter Uster nicht bestrittene Fehler seien adäquat kausal gewesen für den Eintritt der Verjährungen. In den Detailpunkten des Berichts, der sich mit Usters Verhalten auseinandersetzt, wird kein solcher Zusammenhang festgestellt – er kommt erst in der Schlussfolgerung vor. Die Sachreferentin der Kommission begründete denn auch erst an der Kantonsratssitzung, drei Wochen nach Erscheinen des Berichts, welche Punkte «adäquat kausal» gewesen sein sollen, ohne dass Hanspeter Uster darauf reagieren konnte – im Kantonsrat stand ihm ja kein Rederecht zu. Dies stellt eine krasse Verletzung des rechtlichen Gehörs dar.

Der eigentliche Skandal...

Der JPK-Präsident Andreas Huwyler und die Sachreferentin Irène Castell-Bachmann übergaben die Medienaufbereitung des umfangreichen Untersuchungsberichtes an ein externes PR-Büro. Nicht an irgendeines, sondern an die Nestro AG. Die Nestro AG gehört über die Nesinco Holding AG dem FDP-Stadtrat Ulrich Straub. Nestro-Geschäftsführer Dieter Müller war viele Jahre Sekretär der FDP-Gemeinderatsfraktion der Stadt Zug. Das Büro ist politisch also eindeutig verortet. Sachreferentin Irène Castell-Bachmann ist Stadtzuger FDP-Kantonsrätin.

Klartext zur Wahl dieser sehr FDP-nahen Medienagentur lieferte in der Solothurner Zeitung vom 2. Juli 2009 der Zuger Peter Knobel, Präsident des Bundes der PR-Agenturen Schweiz (BPRA): «Die Agentur war somit absolut befangen und deshalb ist es berufsethisch äusserst fragwürdig, dass sie diesen Auftrag angenommen hat.»

... ist die Medienmitteilung

Die Nestro AG arbeitete zwar nicht wirklich professionell – so erhielten aus unerfindlichen Gründen nicht alle beim Kanton akkreditierten Medien die offizielle Medienmitteilung. Inhaltlich leistete sie aber ganze Ar-

beit – mindestens aus Sicht derjenigen, die Uster auf der Anklagebank sehen wollten.

Nestro brachte es nämlich fertig, aus den differenzierten Schlussfolgerungen des Untersuchungsberichtes eine Medienmitteilung zu zimmern, in der plötzlich Hanspeter Uster im Mittelpunkt stand und als Hauptverantwortlicher in der ganzen Affäre daherkam. Entsprechend fielen denn auch einzelne Schlagzeilen in den nationalen Medien aus. Die Neue Zuger Zeitung hingegen berichtete auf der Basis des Untersuchungsberichtes und nicht der Medienmitteilung sehr differenziert und ausführlich.

Ins Bild passt, dass die anderen Materialien der Medienkonferenz, darunter eine 43-seitige Powerpoint-Präsentation, nicht einmal den JPK-Mitgliedern ausgehändigt worden sind – trotz expliziter Nachfrage einzelner Mitglieder. Bedient wurden sie und der restliche Kantonsrat nur mit der ominösen Medienmitteilung.

FDP-Connection

Dass hier im Hintergrund offensichtlich eine FDP-Connection ihre Wirkung entfaltete, wurde klar, als einen Tag nach der Medienkonferenz im Solothurner Kantonsrat die FDP-Fraktion eine Interpellation einreichte. Da-

rin wurde die Solothurner Regierung mehr oder weniger direkt aufgefordert, Uster ein gewichtiges Untersuchungsmandat über Unregelmässigkeiten im solothurnischen Gefängniswesen zu entziehen. Obwohl der Untersuchungsbericht dazu eigentlich keine Grundlage bot, versuchten «sie» es also doch noch – Usters Reputation sollte nachhaltig beschädigt werden.

Der Versuch scheiterte kläglich. Die Solothurner Regierung hatte nicht nur die Medienmitteilung sondern den ganzen Untersuchungsbericht gelesen und meinte in ihrer Antwort lakonisch: «Der auf Hanspeter Uster fokussierte Inhalt der Medienmitteilung entspricht dem wesentlich differenzierteren Bericht der Kommission nur bedingt.»

Zug ist klein

Wir wissen nicht, wer hinter dem Versuch steht, Uster im letzten Moment doch noch etwas Bleibendes anzuhängen, nachdem dies mit dem Untersuchungsbericht nicht möglich war. Die hypernervöse und entnervte Antwort der Sachreferentin Irène Castell-Bachmann auf eine entsprechende Bemerkung des Schreibenden während der Kantonsratsdebatte vom 2. Juli dürfte aber nicht nur der Ratslinken aufgefallen sein. Und auch, dass Castell-Bachmann mit keinem Wort auf den eigentlichen Inhalt unserer Vorhaltungen eingegangen ist. Irgendwann erfahren wir vielleicht, was hinter den Kulissen effektiv abgegangen ist – Zug ist ja klein ...

Nestro – klares Verdikt

Die Arbeit der Nestro abschliessend charakterisiert hat das Mitglied der Untersuchungskommission Eric Frischknecht, Kantonsrat der AGF, anlässlich

der Debatte vom 29. August 2009, als es um die Beantwortung einer SP-Interpellation ging, welche die Problematik des PR-Büros aufwarf. Frischknecht sagte:

«Ich masse mir selbstverständlich nicht an, die Qualität der PR-Agentur Nestro insgesamt zu bewerten, ich kenne sie überhaupt nicht. Aber zum Ergebnis der vorliegenden Arbeit erlaube ich mir eine Bewertung. Da kann ich das Original und das Produkt der Agentur vergleichen. Und das Produkt ist in meinen Augen weder sachlich noch professionell. Genauer gesagt, sie ist sachlich nur im Ton, nicht aber im Inhalt – sie ist nicht professionell, genauer gesagt sie ist auf professionelle Art tendenziös. Das hat in meinen Augen aber gar nichts mehr zu tun mit einer journalistischen Zuspitzung eines Themas, das ist eine inhaltlich andere Gewichtung. Und wenn sie von einem Profi kommt, dann ist das kein Zufall mehr – sondern kalkuliert.»

* Leider kann der Untersuchungsbericht «aus Datenschutzgründen nur postalisch bei der Staatskanzlei bezogen werden», wie der Webseite des Kantons zu entnehmen ist:

Staatskanzlei
Regierungsgebäude am Postplatz
Postfach 156
6301 Zug
Vorlage Nr. 1683.3
Die Voten der AFG-Kantonsrätinnen auf www.alternative-fraktion.ch
Dort können auch die umstrittene Medienmitteilung, der Brief der Anwälte von Amtsleiter B. sowie die beiden Protokolle der Kantonsratsdebatte heruntergeladen werden. ■

SVP im Abseits

Nur eine kleine Nebenrolle in der ganzen Debatte um die Verfehlungen im ASMV spielte die SVP. Sie äusserte offen ihre Unzufriedenheit mit dem Untersuchungsbericht, weil Uster «zu gut weggekommen ist». Dabei spielte es offenbar keine Rolle, dass die drei Mitglieder der SVP in der Untersuchungskommission diesem zugestimmt hatten.

Den Vogel abgeschossen hat schliesslich eines dieser drei Mitglieder. Der Hinterbänkler Flavio Roos, SVP-Kantonsrat aus Rotkreuz, qualifizierte den Untersuchungsbericht, dem er selber zugestimmt hatte, im Kantonsrat abschätzig als «Weichspülerbericht» ...

Der rechte Rand der SVP ist nicht ungefährlich

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Aufgepasst – manchmal entlarven sich rechte Politiker mit ihren Äusserungen selber. Zwei Beispiele aus der Innerschweiz haben in diesem Sommer für kleinere und grössere Schlagzeilen gesorgt. Aber aufgepasst – was die Herren Lokalpolitiker Manuel Brandenburg (Zug) und René Kuhn (Luzern) in Vorstössen und Blogs von sich gegeben haben, ist nur auf den ersten Blick zum Lachen. Auf den zweiten Blick verraten beide Rechtspolitiker vieles über ihre Gedankenwelt und über gewisse Tendenzen am rechten Rand der SVP.

Beginnen wir in der Stadt Zug, und damit bei der Festrede zum 1. August von Oswald Sigg. Der Pressesprecher mehrerer Bundesräte und langjähriger Vizekanzler hat auf dem Landsgemeindeplatz über das demokratische System der Schweiz gesprochen, über Reformen in unserem Land und über die Problematik der Parteienfinanzierung durch Private und Grosskonzerne. Das sind wahrhaftig wichtige Themen in der heutigen Zeit des Umbruchs. Wo und wann hätten sie besser zur Sprache gebracht werden können, als auf dem Landsgemeindeplatz, auf dem Diskussionsforum einer lebendigen Demokratie, am Nationalfeiertag, am Tag, an dem die Schweiz über sich und ihre Zukunft nachdenkt?

Für den Zuger SVP-Politiker Brandenburg war das schon zuviel – entsprechend Grund für eine Interpellation: Ob der Stadtrat gewusst habe, dass Oswald Sigg Mitglied der SP sei. Wer Sigg eingeladen habe? Welches Honorar Sigg für seine 1.-August-Rede erhalten habe? Ob der Stadtrat Vorgaben an Sigg gemacht habe?

Die Schweiz ...

Die Fragen haben uns Grünspechte zuerst einmal belustigt. Aber das Lachen ist uns, bei etwas Nachdenken, bald im Halse stecken geblieben. Da versucht ein rechter Jungpolitiker zu sagen, was richtiger Patriotismus ist. Er versucht festzulegen, wer an einem Nationalfeiertag reden darf und wer nicht. Er plädiert mehr oder weniger offen für Zensur. Nach dem Motto: Wer nicht den richtigen, den rechten Stallgeruch hat, wer anderer Mei-

nung ist als die selbsternannten Patrioten der SVP, hat an einer 1.-August-Feier eigentlich nichts zu suchen, höchstens als Bratwurstkäufer aber sicher nicht als Festredner. Es ist die Arroganz, es ist die systematische Ausgrenzung von Andersdenkenden, die gefährlich ist für das Fortbestehen der Demokratie. Wer die Hoheit über die Begriffe erlangt, hat auch die Gewalt über die Menschen. Der Grünspecht kann deshalb nur rufen «Wehret den Anfängen».

... und ihre Frauen

Nicht mehr gelacht haben wir Grünspechte über den Blog-Eintrag des Stadtluzerner SVP-Präsidenten Kuhn. Über seine Ausfälligkeiten gegen die «linken und ungepflegten Frauen». Die Empörung, weit über Frauen aller Parteien hinaus, war riesig. Es geht aber auch hier nicht nur um das Frauenbild des Herrn Kuhn – dieses ist wirklich zum Lachen. Es geht auch wieder um Ausgrenzung, wer nicht so adrett aussieht wie ich, ist ungepflegt und unanständig. Es sind diese moralisierenden Wörter, die gefährlich sind. Die Wortwahl ist nämlich verräterisch: Kuhn schreibt von einer Schweiz, «wo man sich tagtäglich diese Linken, ungepflegten verfilzten Weiber ansehen muss». Und er schreibt von Frauen, welche in Lumpen herumlaufen. Die Grünspechte sehen sich an die Zeit der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts erinnert, als im nördlichen Nachbarland der Schweiz eine ganze Volksgruppe als verlaust verunglimpft wurde und denen zuletzt kaum mehr als Lumpen blieben. Wo und wie dies



21

endete, ist in jedem Geschichtsbuch nachzulesen.

Es war ja nicht die Meinung eines Einzelnen; Kuhn hat in einem Interview mit der Neuen Luzerner Zeitung gesagt, er habe von vielen Parteikollegen positive Rückmeldungen erhalten. Dass ihm auch die Stadtzuger SVP ihre Unterstützung zusicherte, zeigt nur, wie auch gewisse führende SVP-Kreise in Zug ticken. Verächtlich machen, ausgrenzen – das ist die Marschrichtung der Rechten. Darum noch einmal die mahnenden Worte «Wehret den Anfängen».

Appell an die Mitte

Gefordert sind alle Bürgerinnen und Bürger, denen Demokratie, Toleranz und das friedliche Zusammenleben aller in der schönen Schweiz am Herzen liegen. Grüne und linke Politikerinnen und Politiker sind aufgerufen, die Dinge und die Personen beim Namen zu nennen und gegen jegliche Ausgrenzung, Diskriminierung und Diffamierung anzukämpfen. Aufgerufen sind vor allem die so genannten Parteien der Mitte, also CVP und FDP. Sie, und ihre Mandatsträger in erster Linie, müssen sich ernsthaft Gedanken machen, ob der rechte Partner auch der richtige Partner ist. Liegt man nämlich einmal im rechten Lotterbett, ist es mit der Keuschheit schnell vorbei. ■

Die Seele in der Festung, das Herz in der Fabrik

Josef Lang, Historiker und Nationalrat Alternative – die Grünen Zug |

Bild BULLETIN

22

Das wichtigste Sommerthema war das Reduit und die Ausblendung der 55 Millionen Opfer des Zweiten Weltkriegs durch Fernsehen und VBS-Chef. Der unten stehende Beitrag erschien leicht gekürzt in der Wochenzeitung «Die Zeit» (20.8.2009).

«Während sechs Tagen arbeiten wir für Hitler, am siebenten beten wir für die Alliierten.» Diese Aussage ist keine Erfindung von Nachgeborenen, sondern eine Schöpfung der Aktivdienstgeneration. Natürlich ist sie übertrieben, und zwar in beiden Teilen. Die SchweizerInnen arbeiteten auch für sich und noch ein klein wenig für die Alliierten. Und die Fürbitten vieler Rechtsbürgerlicher galten bis zur Kriegswende 1943 den Achsenmächten. Aus diesen Kreisen stammten bereits Ende 1939 die ersten Vorschläge, die Armee in die Alpen zurückzuziehen. General Henri Guisan lehnte einen solchen Rückzug ab, weil er ein völlig falsches Signal gegenüber dem Ausland aussenden würde und im Inland sowie unter den Truppen eine demoralisierende Wirkung hätte. Noch am 22. Juni und am 6. Juli 1940 kam es zu harten Konfrontationen zwischen deutschfreundlichen Armeeführern wie dem Generalsohn Ulrich Wille, der in den alpinen «Ruheraum» ziehen, und dem neuen Generalstabschef Jakob Huber sowie Korpskommandant Fritz Prisi, die an der Verteidigung des Landes

festhalten wollten. Am 7. Juli vollzog Guisan eine Kehrtwende zugunsten des Reduits. In seinem legendären Rütli-rapport vom 25. Juli gelang es dem Kommunikationsgenie, eine deutschfreundliche Demutsgeste, die er ablehnte, in ein Widerstandssymbol gegen die Nazis zu verwandeln.

Soldaten werden zu Arbeitern

Knapp drei Wochen nach dem Rütli-rapport unternahm Guisan den heimlichen Versuch, den Bundesrat zur Entsendung einer Sondermission zu Hitler zu veranlassen. Seine Begründung lautete lakonisch: «Pour tenter un apaisement et instituer une collaboration.» Da derartige Avancen selbst dem als anpasslerisch geltenden Bundesrat zu weit gingen, trat er auf das Begehren des Generals nicht ein. Dieser liess nicht locker und lancierte weitere Vorschläge zum Appeasement und zur Kollaboration, den letzten im Mai 1941. Die Doppelrolle Guisans entspricht der Doppelfunktion des Reduits. Einerseits stand es für Widerstand und hatte auch eine gewisse dissuasive Wirkung. Andererseits erlaubte das Reduit die Entlassung von

zwei Dritteln des 450 000 Mann starken Armeebestandes. Aus Soldaten wurden Arbeiter. Nur so war es möglich, die Exporte nach Deutschland zwischen 1941 und 1943 gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr zu vervierfachen.

Fabrikherren und Bankenbosse

Am schnellsten erblickten die Fabrikherren und Bankenbosse den wirtschafts-, aber auch sicherheitspolitischen Sinn eines Armee-Abbaus. So hielt Nationalbankdirektor Max Schwab, der mit den Deutschen Verhandlungen führte, ebenfalls etwa drei Wochen nach dem Rütli-rapport gegenüber dem Bundesrat in einem vertraulichen Schreiben fest: «Es ist unerlässlich, dass nun diejenigen für die Belieferung Deutschlands in Betracht kommenden Industriebetriebe über die erforderlichen Arbeitskräfte verfügen können, und es sollten daher jetzt schon die nötigen Anordnungen getroffen werden, damit die benötigten Arbeitskräfte auf erstes Begehren entlassen werden.» Der Ciba-Direktor Arthur Wilhelm hatte bereits am 5. Juni 1940 in einem Referat mit dem Titel «Exportindustrie und Dispensationswesen» verlangt, dass für «das Schicksal der zukünftigen Gestaltung unseres Landes» gegenüber der militärischen Logik «die Postulate unserer Exportwirtschaft in den Vordergrund treten».

Das Reduit, das übrigens mit Stahl und Eisen aus Deutschland gebaut wurde, war eine Mischung von Abwehr gegen den Feind und Nützlichkeit für den Gegner. Allerdings hatte das Zweite für die Nazis eine unvergleichlich grössere Bedeutung, insbesondere während des Ostfeldzugs. Die Seele des Reduits ruhte in der Festung, das Herz aber schlug in der Fabrik. ■



Auf dem Weg ins Reduit aus dem Familienalbum von Aktivdienstsoldat W. Stuber-Borner

Entlastung der Reichen statt der Familien

Daniel Lämpart, Chefökonom Schweizerischer Gewerkschaftsbund | Bild www.sgb.ch

Die Grünen und der linke Flügel der SP lehnten im Nationalrat die sogenannte «Revision der Familienbesteuerung» ab. Was als Entlastung der Familien angepriesen wird, ist ein Geschenk für die Reichen.

23

Die gerechteste Steuer

In seinem Votum im Nationalrat wies der SP-Nationalrat und SGB-Präsident Paul Rechsteiner darauf hin, dass die Direkte Bundessteuer dank ihrer starken Progression die gerechteste Steuer im Lande ist. Weiter wies er darauf hin, dass in jenen Zeiten, als die Forderung einer Reichtumssteuer ein Thema war, niemandem in den Sinn gekommen wäre, die Progression der Direkten Bundessteuer abzuschwächen. Aber genau das passiert mit den vorgesehenen Abzügen. Der einzige gerechte Abzug ist der von der Steuerrechnung. Noch gerechter ist der Ausbau der Kinderzulagen. Auf diese Forderungen muss sich die Linke konzentrieren, wenn sie nicht zur Progressions-Abbauerin bei der gerechtesten aller Steuern werden will.

Josef Lang

Die geplante Steuersenkung sei eine Entlastung der Familien mit Kindern und der Mittelschicht, sagen die Befürworterinnen und Befürworter der Vorlage. Beides stimmt nachgewiese-

nermassen nicht. Gemäss den Statistiken des Finanzdepartements hat die Hälfte der Familien in der Schweiz ein Reineinkommen von 80'000 Franken und weniger. Bloss 9 Prozent der Familien mit Kindern kommen auf mehr als 150'000 Franken im Jahr (siehe Tabelle). Wer profitiert nun in welchem Ausmass? Die Belastungsvergleiche in der Botschaft des Bundesrates sind irreführend, weil das Departement Merz viel zu hohe Ausgaben für die Kinderbetreuung angenommen hat.

Nichts für Einkommen unter 80 000 Franken

Doch selbst nach dieser Berechnung hat die Steuerrevision Auswirkungen, die nur sehr wenige Leute wirklich wollen können. Familien mit einem Einkommen bis 80'000 Franken gehen praktisch leer aus – die Hälfte zahlt nach der Revision keinen Rappen weniger Steuern. Oben in der Einkommensskala schenkt die Revision jedoch richtig ein. Mehr als 3000 Fran-

ken macht die Steuerersparnis im Jahr für die Oberschichtsfamilie aus. Die einkommensstärksten 10 Prozent der Familien mit Kindern holen sich gleich die Hälfte der 600 Millionen ab. Wenn das Parlament dieses Geld zur Entlastung der Familien mit normalen und mittleren Einkommen einsetzte, hätte jede Familie rund 1500 Franken im Jahr mehr zur Verfügung. Das würde jene entlasten, die das Geld wirklich brauchen. Die Summe entspricht ziemlich genau dem, was die Durchschnittsfamilie im kommenden Jahr voraussichtlich mehr für Krankenkassenprämien ausgeben muss, wenn sie keine Prämienverbilligung erhält. Der SGB ist gegen diese Umverteilung zugunsten der Oberschicht. Der Anstieg der Krankenkassenprämien wird die Familien im kommenden Jahr massiv belasten. Was es daher braucht, sind Prämienverbilligungen, die diese Mehrbelastung auffangen. ■

Quelle: Schätzungen SGB auf Basis der Botschaft des Bundesrates

Reineinkommen (in 1000 Fr.)	Steuerpflichtige mit Kindern				Geschätzte Steuerentlastungen (SGB auf Basis EFD)			
	Anzahl	Anteil	kum. Anteil	Anz. Kinder	pro Familie in Fr.(2 Kinder)	Entlastung pro Einkommensklasse in Fr.	Anteil an Steuerausfällen total	kum. Anteil
0-19	28 268	3%	3%	39 593	0	0	0%	0%
20-39.9	65 268	7%	10%	107 482	0	0	0%	0%
40-59.9	165 633	18%	29%	288 268	-48.5	-8 033 201	1%	1%
60-79.9	218 360	24%	53%	409 557	-223.5	-48 803 460	8%	9%
80-99.9	172 404	19%	73%	325 248	-523.0	-90 167 292	15%	24%
100-119.9	98 064	11%	83%	187 042	-955.5	-93 700 152	15%	39%
120-130.9	53 068	6%	89%	102 712	-1492.5	-79 203 990	13%	52%
140-150.9	16 981	2%	91%	33 118	-1910.5	-32 442 201	5%	57%
150+	78 361	9%	100%	155 646	-3340.0	-261 725 740	43%	100%
Total	896 407					-614 076 035		

Verlogene Ja-Kampagne

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative Grüne Fraktion | Bilder BULLETIN

24

Die Abstimmung über das 200-Millionen-Projekt Tangente Zug-Baar ist eine der wichtigsten Weichenstellungen in der Zuger Verkehrspolitik. Baudirektor Tännler weiss das und arbeitet seit zwei Jahren systematisch und mit allen Mitteln auf ein Ja hin. Fürs ganz Grobe dient das Pro-Komitee. Wir beleuchten einige Hintergründe einer verlogenen Kampagne.

Seit bald zwei Jahren weibelt der Zuger Baudirektor für die Tangente. Unter dem Vorwand der Informationspflicht macht er mit staatlichem Geld Propaganda. Dabei agiert er flexibel, je nach Charakter der Veranstaltungen. Sind keine Gegner anwesend, werden die abstrusesten Behauptungen aufrechterhalten, beispielsweise, dass die Tangente für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs unverzichtbar sei. Dabei ist seit der Beantwortung einer CVP-Interpellation im Kantonsrat bekannt, dass kein einziger Bus auf der Tangente verkehren wird.

Ein weiteres Beispiel ist die Entlastung der Zuger Innenstadt. Bis vor wenigen Wochen behauptete die Baudirektion, die Zuger Innenstadt werde spürbar entlastet. An der offiziellen Informationsveranstaltung konnte der Schreibende auf dem Podium mit den Zahlen der offiziellen Modellrechnungen beweisen, dass diese Behauptung nicht stimmt. Die Innenstadt von

Zug wird nicht entlastet. Seither verzichtet die Baudirektion auf diese Behauptung, wenn Gegner anwesend sind. Wenn die Befürworter unter sich sind, wie z.B. an einer Veranstaltung der drei bürgerlichen Parteien in Steinhausen oder am SVP-Brunch in Menzingen, wird aber munter weiter behauptet.

«Informations»veranstaltungen

Die Baudirektion hat sechs offizielle Infoveranstaltungen organisiert. Dabei muss sie von Gesetzes wegen und durch einen Regierungsratsbeschluss verpflichtet auch die Gegenseite zu Wort kommen lassen. Dieser RR-Beschluss wurde nach den Protesten gegen die infame Pro-Kampagne bei der Abstimmung über die Umfahrung Cham-Hünenberg gefasst.

Und eigentlich wäre die Baudirektion an diesen Infoveranstaltungen zu einer gewissen Neutralität verpflichtet. Von Neutralität kann aber keine Rede sein. In Baar beispielsweise waren die Referate von Tännler und dem Kantonsingenieur Fässler nicht «neutrale» Informationen, sondern 35 Minuten sorgfältig aufgebaute Ja-Propaganda. Dabei werden übrigens keine Kosten gescheut: Nachdem an der ersten Veranstaltung in Zug die Baudirektion grösste Mühe mit den gegnerischen Argumenten hatte, wurde eine komplett neue Powerpoint-Präsentation gemacht! Anschliessend legte der

Dieses Plakat hängt bei der Bushaltestelle Göbli/Berufsschule der Linie 4 an der Industriestrasse in Zug. Ironie der Geschichte: Die Industriestrasse würde mit der Tangente bedeutend mehr Verkehr erhalten und die Linie 4 behindern.



Baarer Gemeindepräsident Hotz den Standpunkt des Baarer Gemeinderats dar und hielt sich dem Vernehmen nach nicht an die Abmachungen einer ausgewogenen Darstellung, sondern machte einseitige Werbung für ein Ja. In Baar ist seit längerem bekannt, dass im Baarer Gemeinderat nur ein knappes Ja zustande kam. Je ein Vertreter des Pro- und Kontra-Komitees konnten anschliessend noch ihren Standpunkt darlegen. Dass Tännler & Co. trotzdem keine Freude hatten an diesem Abend lag daran, dass nach dem brillanten Nein-Vortrag des Ur-Baarer FDP-Mitgliedes Adrian Andermatt die GegnerInnen in der anschliessenden Diskussion im gut gefüllten Baarer Gemeindesaal deutliche Oberhand hatten...

Fiese Methoden

Abgesehen von den Infoveranstaltungen gehen die Befürworter den Gegnern aus dem Weg. Gerade zu einem einzigen kontradiktorischen Podium sind sie bereit.

Stattdessen wird beispielsweise in Zug unter dem Deckmantel von «Informationsveranstaltungen» einseitige Propaganda betrieben. Das Skandalöse daran ist, dass z.B. drei Zuger Nachbarschaften, die in dieser Frage neutral bleiben wollen, als Organisatorinnen vorgeschoben werden. Im Flyer, der in alle Haushaltungen verschickt wird, erscheinen sie so als Befürworter der Tangente! Noch fieser ist es bei einer Veranstaltung im Quartier Göbli/Baarermatte gelaufen. Dort erscheinen sogar Tangentengegner als Mitorganisatoren. Bei Redaktionsschluss war noch offen, ob die Bemühungen des Komitees, doch noch aufs Podium dieser Veranstaltungen zu kommen, Früchte getragen haben.

Mann fürs Grobe

Solche Methoden tragen die Handschrift eines geplanten, professionellen Vorgehens. Und tatsächlich, der Mann fürs Grobe heisst Ulrich Bollmann und ist Verwaltungsratsprä-



sident der Burson Marsteller AG. BM ist eine weltweit operierende PR-Agentur, die insbesondere auf heikle politische Mandate spezialisiert ist. So versucht BM im Auftrag der AXPO dem Schweizer Volk mit einer breit orchestrierten und vielfach auch verdeckt arbeitenden Kampagne den Neubau von AKWs schmackhaft zu machen. Bollmann hat sein Handwerk von der Pike auf gelernt und erlegt sich keine falsche Zurückhaltung bei den Methoden auf. Die hier abgebildeten Pro-Plakate sprechen für sich.

Als klar wurde, dass die zurückgetretene FDP-Kantonsrätin Andrea Hodel mit ihrer von wenig Sachkenntnis belasteten schnippischen Art eher eine Belastung ist*, wurde sie klammheimlich durch den Präsidenten der Strassenbaukommission, den FDP-Kantonsrat Daniel Burch, ersetzt. Auf der Homepage des Pro-Komitees sucht man Frau Hodel seither vergebens. Nicht dass Burch inhaltlich ein Fortschritt wäre – von ihm stammt die denkwürdige Aussage im Kantonsrat, die Tangente bringe eine Erweiterung des Erholungsraumes...

Wir sind gespannt, was vom Pro-Komitee noch alles kommen wird. Aber lassen wir uns von solchen Methoden nicht beirren und konzentrieren wir uns weiterhin darauf, die Leute sachlich zu informieren, denn die Fakten sprechen für ein Nein. Wenn jeder LeserIn des Bulletins z.B. den Link auf den informativen Grüne-Lunge-Video an fünf Bekannte verschickt, gewinnen wir. ■

* vgl. ihre Aussage im Video des Komitees Grüne Lunge (www.gruene-lunge.ch)



FLIZ zeigt:
Montag, 12. Okt. 09, 20 h
SNOW – SNIJEG von Aida Begovic, Bosnien und Herzegowina 2008

Die Gegner werden pauschal diffamiert.

Sechs Frauen, ein alter Mann und fünf Kinder im kleinen Dorf Slavno, das, obwohl abgelegen, vom Krieg in den 90er Jahren heimgesucht wurde. Das Dorf soll für ein Ferienzentrum an Serben verkauft werden. Sollen die Menschen bleiben oder wegziehen? Ein Film, der subtil viele Hintergründe aus den Kriegsjahren aufdeckt. Der kleine Vorfilm von Ivana Lalovic «**I DON'T DREAM IN GERMAN**» – ein Diplomkurzfilm von der HGK in Zürich – hat ebenfalls mit den Kriegsfolgen zu tun. trigon hat beide Filme zusammen ausgewählt, auch weil Ivana Lalovic für ein persönliches Gespräch nach dem Film erreichbar ist als Aida Begic.



Am 21. Oktober hat der neue Film von Silvia Haselbeck und Erich Langjahr – **geburt** – im Zuger Kino Premiere. Filmclub FLIZ betreut exklusiv die Vorpremiere ihres Gründungsmitglieds mit einem Gespräch im Saal. Vorbereitungen und Geburt zweier Kinder: als natürliche Angelegenheit – nicht im hochmedizinischen Kontext.

Montag, 9. Nov. 09, 20 h
BIRDWATCHERS von Marco Bechis, Brasilien 2008

Das Leben im Mato Grosso do Sul: Mit ungewöhnlichen Bildern schildert der Regisseur das aussichtslose Leben von Ureinwohnern, eine Konfrontation zwischen Eroberern und Eroberten. Als Referent kommt Dr. Oswald Iten, NZZ, zu uns.

Montag, 14. Dez. 09, 20 h
TRANS-CUTUCU von Lisa Fässler, Schweiz -Ecuador
Seit 20 Jahren widmet sich Lisa Fässler den Shuars im ecuadorianischen Regenwald (Tumult im Urwald). Sie betrachtet mit dem Kameramann Pio Corradi gestern und heute ... Lisa Fässler kommt zu uns für ein Gespräch.



Die drei letzten Filme des Jahres gehören zum Programm «Im Gotthard um die Welt», das trigon und FLIZ in Zusammenarbeit ab 21. September immer am Montag im Kino Gotthard zeigen. Das ganze Programm unter www.fliz.ch und www.kinozug.ch



26

Büchermail

HERBSTSTÜRME

Zum wiederholten Mal in diesem Jahr versuchen uns die Grossanbieter vom Platz zu fegen. Mit Dumping-Angeboten bis zu 30 Prozent auf alle deutschsprachigen Bücher machen sie uns kleinen unabhängigen Buchhandlungen das Leben schwer! Stellen Sie sich vor, Sie würden von heute auf morgen für die gleiche Arbeit 30 Prozent weniger Lohn erhalten. Etwa so fühlt sich das an. Die Leute kaufen da ihre Bücher, wo es am billigsten ist. Das ist zwar nachvollziehbar, hat aber unmittelbare Auswirkungen auf die Buchhandelslandschaft und die Vielfalt des Angebots. Denn wenn wir weg sind, werden auch die kleinen anspruchsvollen und engagierten Verlage nicht mehr lange überleben! Wir gehören nicht zu den Grossverdienern, auch nicht zu den Mittelgrossen, und waren immer stolz auf unseren Beruf. Den braucht es aber bald nicht mehr, denn Ex Libris und die Anbieter im Internet brauchen keine BuchhändlerInnen und bilden auch keine aus! Also wie weiter? Hilfe vom Staat ist keine in Sicht. Der braucht das Geld für die Banken, damit sie dieses dann zu überriesen Zinsen an die KMU weitergeben können. Aktuell zu 11 Prozent, wenn man auf einen Kontokorrent-Kredit angewiesen ist!

Sie als Konsumenten dürfen aber davon ausgehen, dass Sie bei uns kleinen Buchhandlungen die besseren Bücher bekommen, zwar nicht in Bio-Qualität, aber von Hand verlesen und vorgekostet und das ist doch auch etwas. Spass beiseite! – Bis jetzt können wir noch auf eine treue Stammkundschaft zählen, die sich der Problematik bewusst ist, und hoffen, dass nächstes Jahr wieder eine Buchpreisbindung kommt, die den Namen verdient und die schlimmsten Auswüchse des Neoliberalismus korrigiert. Und jetzt quasi als Geschenk für Sie trotzdem noch einige Buch-Empfehlungen, die Sie nicht an jeder Ecke antreffen. Dass die Bücher dann trotzdem nicht bei uns gekauft werden, gehört sozusagen zum Berufsrisiko!



Thielemann Ulrich:
System Error. Warum der FREIE MARKT zur Unfreiheit führt
Der Autor ist Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Uni St.

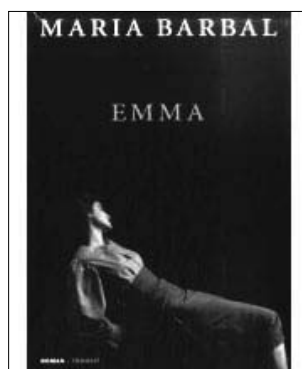
Gallen und hat dieses Frühjahr mit seinem Interview im Tagi-Magi für Aufregung gesorgt.

Razumovsky Dorothea:
Letzte Liebe

Eine jung gebliebene Frau geht freiwillig ins Altersheim, um ihrer Stieftochter zu entgehen. Weder kitschig noch zu sentimental, eher eine Neuauflage von Harold und Maude.

De Bok Pauline: **Blankow oder das Verlangen nach Heimat**

Mit diesem Buch begegnet uns ein Mitglied der Gilde des „Slow Journalism“ und erzählt uns die Geschichte eines einsamen Gehöfts in Mecklenburg-Vorpommern.



Barbal Maria: **Emma**
Dies ist die Geschichte einer jungen Frau aus Barcelona, die Mann, Tochter und Job stehen lässt und fortan als Grossstadt-Nomadin auf der Strasse lebt.

Sartorius Joachim: **Die Prinzeninseln**
Wer wissen will, wo sich

die Prinzeninseln befinden, der lese dieses Buch.

Und hier noch zwei Krimis vom Feinsten: Kanger Thomas: **Der blinde Fleck**

Der Autor ist Schwede und auf der ganzen Welt als Journalist zuhause. Diese Geschichte führt uns über Italien nach Kroatien und zurück in die Wirren des Jugoslawien-Krieges.

Ab nächsten Monat gibt es eine neue Krimi-Heldin aus Genua mit Namen Nelly Rosso. Ernsthafte Konkurrenz für Donna Leon und Venedig!

Einen schönen nicht zu stürmischen Herbst wünscht
Susanne Giger.■



Mittwoch, 7. Oktober:
Alternative Monatsbar
 18.30 h, Siehbachsaal,
 Chamerstrasse 33, Zug,
 Mit Köchinnen und
 Köchen Alternative-KriFo
 Cham

Bis 25. Oktober: **Ausstellung «The triumph of debt»**
 Zeichnungen des britischen Künstlers Adam Dant über das Innenleben der Wirtschaftskrise, Museum im Bellpark, Kriens jeweils Mi–Sa 14–17 h, So 11–17 h

Donnerstag, 29. Oktober:
Kontradiktorische Veranstaltung zur Abstimmung Tangente Zug-Baar
 19.30 h, Burgbachsaal Zug,
 Komitee Grüne Lunge und
 Komitee Pro Tangente

Mittwoch, 4. November:
Alternative Monatsbar
 18.30 h, Siehbachsaal,
 Chamerstrasse 33, Zug,
 Mit Köchinnen und
 Köchen Alternative-Gleis
 3 Risch/Rotkreuz
Anschliessend:
 19.30 h, Veranstaltung
 zum Thema: Klima –
 2000-Watt-Gesellschaft,
 Alternative Stadt Zug

Samstag, 7. November:
**Alternative-Gleis 3 Risch/
 Rotkreuz**
 9–12 h, Standaktion am
 Dorfmarkt Rotkreuz zur
 Abstimmung Tangente
 Zug-Baar

Donnerstag, 12. November:
**Parteiversammlung
 Alternative-Gleis 3 Risch/
 Rotkreuz** zu den Traktan-

den der Gemeindeversammlung
 19.30 h, Dorfmat, Sitzungszimmer

Dienstag, 24. November:
Ist der Sozialismus wieder aktuell?
 18 h, Zentralbibliothek
 Zürich, Vortragssaal
 Vortrag von Prof. Dr. Oskar
 Negt, Sozialphilosoph
 Professor em. Universität
 Hannover

Dienstag, 8. Dezember:
**Aus den Trümmern des
 Vergangenen: Die solidarische
 Ökonomie – eine
 Chance der Finanz- und
 Wirtschaftskrise**
 18 h, Zentralbibliothek
 Zürich, Vortragssaal
 Vortrag von Prof. Dr. Elmar
 Altvater, Professor em. für
 Internationale Politische
 Ökonomie am Otto-Suhr-
 Institut der Freien Universität
 Berlin.



Die Alternativen im
 Kanton Zug

**Alternative – die Grünen
 Kanton Zug**
 Postfach 4806, 6304 Zug
 041 711 99 09
 www.alternative-zug.ch
 info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alternative
 Kanton Zug:
**MO, 14–18 Uhr und DO,
 10–14 Uhr**

Forum Oberägeri

Andreas Kuhn, Lutisbachweg 9, 6315 Oberägeri
 www.forum-oberaegeri.ch
 forum-oberaegeri@mymail.ch
Freie Wähler Menzingen
 Pia Rhyner, Präsidentin,
 Eustr. 16, 6313 Menzingen
 Postfach 112, 6313 Menzingen
 www.fw-menzingen.ch
 pia@fw-menzingen.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen

Postfach 123
 6312 Steinhausen
 www.frischebrise.ch
 studerus@datazug.ch

Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber,
 Unterer Haldenweg 5,
 6343 Rotkreuz
 www.gleis3.ch
 hannischriber@gmx.ch

KriFo Alternative Cham

Co-Präsidium: Sha Ackermann und Roman Ambühl
 www.krifo.ch
 cham@alternative-zug.ch

Alternative Stadt Zug

Postfach 4805, 6304 Zug
 www.alternative-stadt.ch
 info@alternative-stadt.ch

Alternative Baar

Postfach, 6340 Baar
 www.alternative-baar.ch
 info@alternative-baar.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat:

www.alternativefraktion.ch

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 3, September 2009, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
 BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug,
 E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Adresse: BULLETIN Alternative Kanton Zug,
 Postfach 4806, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion:
 Natalie Chiodi,
 Hansjörg Glauser,
 Gerd Hofielen,
 Philippe Koch,
 Martin Stuber
 Arlene Wytttenbach

Produktion:
 Manuela Burkart,
 www.alphabeet.ch

Belichtung & Druck: DMG Zug

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe: 1300 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage: 1005 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
 KleinverdienerInnen Fr. 10.–
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–
 Mitgliederbeitrag Verein
 DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
 Verein DAS BULLETIN,
 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
 Nr. 4/2009:
 Freitag, 4. Dezember 2009

Erscheinungsdatum:
 Dienstag, 22. Dezember 2009

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter
 www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug

